

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Ercheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags von 12 nachmittags
Bersprecher-Sammel-Nr. 18831.
Berliner Adress: Berlin-Wilmersdorf.

Wegzettel: Für eine Wegzettel von 2 Wochen 80 Pf., für einen Monat 1.20, zuzüglich 10 Pf. Transport. Durch die Post bezogen 1.20, zuzüglich 42 Pf. Briefgebühr. —
Wegzettelbestellungen nehmen an: der Verlag, die Kassenstellen, die Lehrer und alle Postämter. —
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch
auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Wegzettelpreises.

Anzeigenpreis: Ein Millimeter breite Zeile im Anzeigenblatt Grundpreis 6 Pf., der 85 Millimeter breiten Spalte im Zeitungsblatt 40 Pf., sonst laut Tarif. —
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird kein Grundpreis
abgenommen. — Schluß der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vormittags. Gedruckte Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Kassas.

Vertriebskonto: Frankfurt a. M. Nr. 7400.

Nr. 58.

Mittwoch, 28. Februar 1934.

82. Jahrgang.

Die Beschlüsse des Kabinetts.

Einheitliche Feiertage im ganzen Reich. — Einlösung einer Dankesschuld an die Kämpfer der nationalen Erhebung.

Verwaltungsvereinfachung.

as. Berlin, 28. Febr. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung eine ganze Reihe von Beschlüssen verabschiedet, die den Aufbau einer einheitlichen Verwaltung des Reiches weiterführen. In diesem Rahmen ist auch das Gesetz über die Feiertage zu betrachten, das dem Einheitsreich die Einheitsfeiertage bringt und die Sonderregelungen, die in einzelnen Gebieten Deutschlands bestanden, in Fortfall kommen läßt. Zu den bisherigen kirchlichen Feiertagen treten, wie es in der Praxis bereits der Fall war, als nationale Feiertage, der 1. Mai, der Sonntag Reminiscere als Heldengedenktag, der Sonntag nach Michaelis als Erntedankfest. Erinnert man sich, daß es dem alten System unmöglich war, einen gemeinsamen Feiertag für das deutsche Volk zu schaffen und stellt man demgegenüber, wie der 1. Mai zum erstenmal wieder eine einzige Nation in aufrechter Verbundenheit sah, wie weiter der Heldengedenktag zum erstenmal für das ganze Reich ein einheitliches Gedenken der Gefallenen brachte — erinnert sei auch an die große Anteilnahme, die der Erntedanktag fand —, so wird man die jetzt erfolgte gesetzliche Regelung sicherlich nicht gering veranschlagen. In diesem Gesetz ein Ausdruck für die wieder gewonnene Einheit des deutschen Volkes, so trägt das Gesetz über die Verwaltung der nationalen Kämpfer den Dank an die tapferen Vorkämpfer für die Einheit des deutschen Volkes und für den nationalsozialistischen Staat. Der leitende Gedanke dieses Gesetzes ist, die Kämpfer für die nationale Erhebung, die in diesen Kämpfen Gesundheitsopferungen erlitten, den Volksgenossen gleich zu stellen, die im Arzteamt oder Leben für die Allgemeinheit opferten. Demgemäß erhalten diejenigen, die für das neue Deutschland in den Kämpfen mit den marxistischen und kommunistischen Gegnern ihrer Gesundheit verlor, und die Hinterbliebenen der in diesen Kämpfen für das neue Reich Gefallenen eine entsprechende Versorgung. Das weiterhin gestrichelte Gesetz über die Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung besteht sich auf Reichspost- und Finanzverwaltung und bringt den Fortfall einiger Finanzämter sowie einiger Oberpostdirektionen. Es führt darüber hinaus für das Reich eine einheitliche Verkehrsverwaltung und es ist schließlich aus infolgedessen beachtenswert, als es für Post- und Finanzverwaltung mit der Erlassenwirtschaft ein Ende macht. Die Erlassen der einzelnen Länder werden der jeweiligen geographisch ausfindigen höheren Verwaltungsstelle der Post und der Finanzverwaltung unterstellt. So führen die gestrichelten Beschlüsse

des Gesetzes folgerichtig den Aufbau der einheitlichen Verwaltung des Reiches fort wie er von der nationalen Regierung seit längerer Zeit in die Wege geleitet worden ist.

Berlin, 27. Febr. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Dienstag zunächst ein Gesetz über die Feiertage. Danach ist der nationale Feiertag des deutschen Volkes der 1. Mai. Der fünfte Sonntag vor Ostern (Reminiscere) ist Heldengedenktag. Der erste Sonntag nach Michaelis ist Erntedankfest. Außer den genannten nationalen Feiertagen und den Sonntagen sind Feiertage der Neujahrstag, der Karfreitag, der Ostermontag, der Himmelfahrtstag, Pfingstmontag, der Bußtag am Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag und der erste und zweite Weihnachtstag. In Gegenden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung ist der Reformationsstag, in solchen mit überwiegend katholischer Bevölkerung der Fronleichnamstag gesetzlicher Feiertag entsprechend der bisherigen Übung.

Das Reichskabinett verabschiedete ferner ein Gesetz zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung. Dieses Gesetz stellt die Einheitlichkeit der Verwaltungsstruktur sicher und enthält Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Reichspost- und Reichsfinanzverwaltung.

Das Gesetz zur Änderung des Kriegspersonenabgabengesetzes bestimmt, daß die Versorgung der Kämpfer an Leib und Leben, die jemand im Zusammenhang mit inneren Unruhen erlitten hat, nicht mehr stattfindet, soweit es sich um Angehörige staatsfeindlicher Parteien oder um Förderung ihrer Bestrebungen handelt. Im Gegenzug hierzu regelt ein Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung die Wiedergutmachung der in diesem Kampfe erlittenen Schäden.

Das Gesetz über die Wändungen von Miet- und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüche aus öffentlichen Grundbesitzverhältnissen trifft eine Regelung dahin, daß aus dem aus der öffentlichen Post Berichtigten der Weg der Miet- und Pachtzinsforderung mit dem Vorrecht vor Privat- und dinglichen Gläubigern zwar offenkundig soll, aber nur wegen der letzten vor der Wändung fällig gewordenen Stimmernote und bei monatlicher Fälligkeit auch wegen der vorliegenden Rate. Diese gesetzliche Regelung war infolge einer uneinheitlichen Rechtsprechung auf diesem Gebiete notwendig geworden.

Außerdem wurden noch einige wirtschaftliche Beschlüsse von abgegrenzter lokaler Bedeutung gefaßt.

Ewige Kraftquelle.

Wir wollen auch in der Zukunft wenigstens einmal in jedem Jahre dem Volk die Möglichkeit geben, sein Urteil über uns zu fällen. (Adolf Hitler am 28. Februar in München.)

Lange bevor der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kam, war eines der Hauptargumente im Kampf gegen ihn der Hinweis auf die angeblichen diktatorischen Bestrebungen der nationalsozialistischen Bewegung. Das gleiche Argument war auch eine der stärksten Waffen nach dem 30. Januar 1933 — in Deutschland sowohl wie im Ausland. Eine durch ein ganzes Jahrhundert gepflegte und geförderte Anschauungsweise sah eines der höchsten politischen Güter in der persönlichen Freiheit des einzelnen Menschen. Dabei gingen die Vorkämpfer dieser weltanschaulichen Entwicklung zweifellos von aufrichtigen Idealen aus. Auch in ihrem Weltbild lag das persönliche Opfer im Interesse der Allgemeinheit höchsten moralischen Wert. Aber solche Befürworte und Glaubenssätze blieben nur solange oft im Theoretischen haften, sie wurden durch die Praxis — steht man hier einmal von den Ausnahmefällen des Krieges ab — nur selten bestätigt, bis schließlich, durch eine ganze Reihe verschiedener Momente gefördert, aus dem Begriff der persönlichen Freiheit in seiner Anwendung mehr und mehr Unbeherrschtheit und Disziplinlosigkeit wurden. Die Formen der Demokratie wurden damit größtenteils verfallend und eine für das politische Leben denkbar ungeeignete staatliche Maschinerie wurde zum bestimmenden Faktor im gesamten öffentlichen Leben, in der einzelnen, von hartem politischen Willen durchdrungenen Persönlichkeit vergeblich versuchten, sich durchzusetzen.

Am 12. November 1933 wurde das Märchen von der Gewalt Herrschaft des Nationalsozialismus endgültig und gründlich zerstört und zwar mit einer Eindeutigkeit, daß auch mancher misstrauische ausländische Beobachter die neueste Entwicklung in Deutschland mit anderen Augen ansehen mußte. Das ganz erstaunliche Resultat zeigte, daß aus der Parteigefolgenschaft des Führers die Gefolgenschaft des ganzen Volkes geworden war. Der Akt vom 12. November war der Form nach eine Reichstagswahl, im Grunde aber war er die großartige Volksabstimmung, die man in der Geschichte überhaupt kennt. Das politische Mittel der Volksabstimmung, eingebaut in die Verfassung von Weimar, diente in der Zeit der formalen Demokratie häufig genug als „Ausgangspunkt des Parlamentarismus“, wie es kürzlich bezeichnet wurde. Es wurde in Anwendung gebracht, wenn die parlamentarische Maschinerie nicht mehr funktionierte oder besser gesagt in unüberbrückbaren Gegensatz zur Regierung geraten war, die ihrerseits den letzten Ausweg dann in einem „Appell an das Volk“ sah, wenn sie nicht vom Parlament einfach beseitigt werden wollte. Ein solcher Appell war aber nicht an das Volk, an eine geschlossene nationale Gemeinschaft gerichtet, sondern an eine Vielzahl von Parteien und Interessengruppen, die hatte seine Konzentration der politischen Kräfte auf einen einheitlichen Willen zur Folge, sondern aber eine weitere Zersplitterung und Kraftverwässerung. Die Reichstagswahl vom 12. November war die erste „Volksabstimmung“ ganz anderen Charakters. Sie führte wirklich zu der ewigen Kraftquelle aller staatlichen Macht, dem Volk in seiner Gesamtheit. An diesem Tage ist, wenn man das Wort richtig in dem Sinne versteht, in dem es auch Hitler und kürzlich der Reichspräsident Dr. Dietrich gebrauchte haben, eine neue nationale Demokratie in Deutschland errichtet worden. Auch früher ging nach dem Wortlaut der Weimarer Verfassung die Souveränität vom Volke aus. Das geschah in der Weise, daß 10 bis 20 Parteien zusammenkamen, einen Reichstag wählten und durch diese Volksvertretung und die aus ihr unorganisch zusammenaddierte Regierung selbst in allen Einzelheiten der Tagespolitik entscheiden wollten. Unangenehme Inkonsequenzen schalteten sich ein, verfallenden den ursprünglichen Willen des Volkes noch mehr, schufen Hemmnisse und Verzögerungen und machten so eine fruchtbringende staatspolitische Arbeit immer unmöglicher, während der „politische Betrieb“ sich ins Ungeheure weitete.

Von solchem Formalismus im Sinne der vergangenen Epoche weiß sich der Nationalsozialismus frei. Die Staatsform des Nationalsozialismus ist nicht, wie es Dr. Dietrich formulierte, ein dem Volke aufgezwungener Despotismus, sondern eine ganz neue Form nationaler Demokratie. Politische Entscheidungen fällt im nationalsozialistischen Staat allein der Führer. Aber gerade Adolf Hitler hat es immer wieder mit größter Deutlichkeit unterstrichen, daß er und seine Unterführer sich immer ausschließlich als Be-

Entscheidendes Stadium der Abrüstungsbesprechungen.

Eden in Paris.

as. Berlin, 28. Febr. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Der englische Vordirektionsbeauftragte wird morgen mit den maßgebenden französischen Stellen in Paris die Unterredungen, die für die weitere Entwicklung der Abrüstungsfrage entscheidend sein werden, aufnehmen. Die englische Presse trägt hinsichtlich dieser Verhandlungen weiterhin einen Optimismus zur Schau, von dem man nicht weiß, worauf er sich gründet. In Paris ist man um einige Grade kühler und das „Journal“ beispielsweise erklärt, daß jetzt der Zeitpunkt käme, an dem Frankreich den Mut haben müsse, nein zu sagen, ohne Furcht, von anderer Seite als der Schuldge für das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen hingestellt zu werden. Solche Äußerungen dürften kaum geeignet sein, die Aussichten der Pariser Gespräche besonders günstig erscheinen zu lassen. Noch weniger erfreulich ist eine Meldung, wonach Frankreich in diesem Augenblick zur Verstärkung seiner Lufttruppe einen neuen Bombenflugzeugtyp in Auftrag gegeben hat. Man weiß wirklich nicht, worauf sich der Optimismus mancher Leute gründet. Das neue französische Bombenflugzeug soll eine Geschwindigkeit von 300 Kilometer in der Stunde haben und ohne weiteres in der Lage sein, die Straße Paris-Berlin und zurück ohne Zwischenlandung zurückzulegen. Diese Meldung illustriert am besten den französischen Abrüstungswillen.

Dimitroff, Popoff und Tanneff ausgewiesen.

Ankunft in Moskau.

Berlin, 27. Febr. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die drei Kommunisten Dimitroff, Popoff und Tanneff aus Deutschland ausgewiesen worden. Die Ausweisung konnte bisher nicht durchgeführt werden, da die bulgarische Staatsregierung die drei Kommunisten nicht als bulgarische Staatsangehörige anerkannte und ihre Übernahme ablehnte. Nachdem die Sowjetregierung den Genannten neuerdings die Sowjetstaatsangehörigkeit zuerkannt hat, ergab sich hieraus die Möglichkeit ihrer Abschiebung nach dem Gebiet der Sowjetunion. Die Abschiebung ist Dienstag durchgeführt worden. Die drei Bulgaren sind am Dienstagmorgen im Moskauer Flughafen eingetroffen, wo sie von Regierungsmitgliedern begrüßt wurden.

Planmäßiger französischer Vormarsch in Marokko.

Paris, 28. Febr. Der Vormarsch der französischen Truppen in Südmarokko geht nach weiteren Meldungen planmäßig von statten. Die Gruppe D hat bisher 1000 den verschiedensten Stämmen angehörenden Familien zur Unterwerfung und Anerkennung des marokkanischen Sultanats gebracht. General Girard suchte die Verbindung mit dem Hinterlande durch den mit dem Vortritt Schritt haltenden Bau einer Autostraße zu sichern.

auftragte des ganzen deutschen Volkes fühlen, und daß er nur in des Volkes Namen und in seinem Auftrag die letzte Verantwortung übernommen habe. Die ganze Entwicklung des Nationalsozialismus ist ja ein einziger Beweis für die Tatsache, daß nur die enge Verbindung mit dem Volk die Kraftquelle vermitteln konnte, aus der die Führer des Nationalsozialismus ihr Werk begannen und bis zum heutigen Stand vorwärts trieben. Wir wollen auch in Zukunft nichts anderes als Beauftragte des Volkes sein und unser Leben auch in Zukunft so gestalten, daß wir vor den Augen eines jeden Deutschen anständig und in Ehren bestehen können. Es ist notwendig, daß die Bewegung immer wieder, Jahr für Jahr, sich dieses Bewusstseins vor Augen hält, denn nur so wird die Verbindung der Führer mit dem ganzen deutschen Volke für immer garantiert sein. Das sind Worte Hitlers aus seiner letzten großen Rede vor der Alten Garde der Partei. Und wenig später sagt er, mit Bezug auf den angeforderten jährlichen Appell an das Volk: „Geht der Appell schief aus, dann soll keiner sagen: Das Volk ist schuld, sondern er soll wissen: Die Bewegung ist träge worden, sie kämpft nicht mehr richtig, sie hat die Führung mit dem Volke verloren.“

Partei und Staat sollen nach einem bereits vor längerer Zeit erlassenen Gesetz immer mehr zu einer Einheit werden, wobei der Partei die Rolle des tragenden Gerüsts im Staat erhalten soll. Diese beiden Aufgaben, Partei und Staat, sind aber schließlich nur die Formen, in die der Körper für den geistigen Inhalt, für die in der Bewegung konzentrierte nationalsozialistische Weltanschauung und für das deutsche Volk als Ganzes. Und wie Partei und Staat, so sollen auch der Nationalsozialismus als Bewegung und Weltanschauung und das Volk in immer härterem Maße ergänzen und ineinander aufgehen.

Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung.

Einführung einer Danfeschuld des deutschen Volkes.

Berlin, 27. Febr. Das Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung sieht vor, daß Angehörige der NSDAP und des Stahlhelms sowie ihrer Gliederungen auf Antrag wegen der gesundheitlich schädlichen Folgen von Körperverletzungen, die sie während der Zugehörigkeit zur NSDAP, zum Stahlhelm oder ihren Gliederungen vor dem 18. November 1933 im Zusammenhang mit dem politischen Kampf für die nationale Erhebung erlitten haben, unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes Versorgung erhalten. Die Vorschriften finden auch Anwendung auf frühere Angehörige der NSDAP und des Stahlhelms sowie ihrer Gliederungen, ferner auf Angehörige inzwischen aufgelöster nationaler Verbände und ihrer Hinterbliebenen. Der Antrag bedarf jedoch der Zustimmung der Hilfsstelle, Hauptabteilung der Reichsleitung der NSDAP. Der Antrag kann auch von der Hilfsstelle selbst gestellt werden.

Die Rente eines Geschädigten beträgt 20 v. H. der nach dem Reichsversorgungsgesetz zu gewährenden Gehaltsstufe, wenn er das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wenn dem Unterhaltspflichtigen infolge der Gesundheitschädigung besondere Aufwendungen erwachsen, 30 v. H., wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, 60 v. H., wenn er das 18. Lebensjahr vollendet hat, 80 v. H., wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat und 100 v. H., wenn er das 17. Lebensjahr vollendet hat. In die Stelle der im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Miltärdienstzeit tritt bei dieser Verordnung der Zeitpunkt der Schädigung. Hinterbliebenen von Personen, die infolge einer Schädigung gestorben sind, steht Sterbegeld zu, auch wenn der Verstorbene nicht Rentenempfänger gewesen ist. Auf die nach diesem Gesetz Versorgungsberechtigten finden die Vorschriften des Gesetzes über die Befähigung Schwerbeschädigter entsprechende Anwendung. Wird wegen derselben Gesundheitschädigung Versorgung oder Entschädigung nach § 18 des Reichsversorgungsgesetzes in der Fassung vom 22. Dez. 1927 oder nach dem Versorgungszeitengesetz vom 12. April 1927 gewährt, so ruht die Versorgung oder Entschädigung in Höhe der nach diesem Gesetz gewährten Versorgung.

Die Vorschriften des § 112a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 und 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finden auf die nach diesem Gesetz gewährten Versorgungsberechtigten mit der Maßgabe Anwendung, daß ein Betrag bis zu 25 M. im Monat von der Anrechnung ausgenommen ist.

Die auf Grund dieses Gesetzes gewährte Versorgung kann entzogen werden, wenn der Versorgungsberechtigte aus der NSDAP oder dem Stahlhelm ausgeschlossen oder wenn nach seinem Ausscheiden festzustellen ist, daß die den Vorschriften dieses Gesetzes besondere Pforten ergeben, kann der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen einen Auslassungswort. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1934 in Kraft. Wird der Antrag auf Versorgung vor dem 1. Januar 1935 gestellt, so wird die nach diesem Gesetz zuzulebende Versorgung vom 1. Januar 1934 ab gewährt, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung der Versorgung an diesem Tage erfüllt

Neue Wappen und Siegel für die Gemeinden.

Beratungen durch einen zuverlässigen Heraldiker.

Berlin, 27. Febr. Das Erstarben des Volksbewusstseins und des Strebens zu den großen Traditionen des deutschen Volkes hat auch die Heraldik wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Das bezieht sich nicht nur auf die Familie. Es sind vielmehr auch Kollektiven im Gange, die Wappen und Siegel der deutschen Gemeinden neu zu gestalten. Die Nationalsozialisten versuchen, die deutschen Gemeinden hat sich bereit erklärt, durch Vermittlung eines zuverlässigen Heraldikers die Gemeinden und Gemeindevorstände bei der Aufstellung von Wappen-entwürfen zu beraten. Diejenigen Gemeinden und Gemeindevorstände, die den Wunsch haben, sich beraten zu lassen, sind

Aufhebung der Oberpostdirektion Darmstadt.

Berlin, 27. Febr. Das Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung sieht vor, daß der Reichspostminister in allen Streitigkeiten über das Ineinandergreifen der verschiedenen Verkehrswege entscheidet und für die Einheitlichkeit der Verkehrsregeln verantwortlich ist. Grundrhythmus Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichspost bedürfen der Zustimmung des Reichspostministers.

Der § 2 bestimmt: Das Vermögen des Reiches, das dem Betrieb der Deutschen Reichspost gewidmet ist und in ihm erworben wurde, und alle öffentlichen wie privaten Rechte und Verbindlichkeiten der Deutschen Reichspost sind als Sondervermögen der Deutschen Reichspost von dem übrigen Vermögen des Reiches aus Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten. Der Vorschlag der Deutschen Reichspost bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen.

§ 3 sieht vor, daß die Reichspost je nach Höhe ihrer allgemeinen Betriebsverpflichtungen in vier Klassen an das Deutsche Reich zu leisten hat. Es sind abzuleiten: bei weniger als 20 Milliarden M. 8 v. H., bei 20 bis einschließlich 24 Milliarden M. 6 v. H. und bei 24 Milliarden M. und mehr 6 v. H.

§ 5 bestimmt: Zur beratenden Mitwirkung an den Angelegenheiten der Deutschen Reichspost wird ein aus sechs Mitgliedern bestehender Beirat gebildet, der in grundsätzlichen und besonders wichtigen Fragen zu hören ist. Der Vorsitz im Beirat führt der Reichspostminister. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

§ 6 bestimmt: Mit dem 1. April 1934 treten die

find. Sterbegeld wird auch gewährt, wenn der Tod vor dem 1. Januar 1934 eingetreten ist.

In der Begründung des Gesetzes heißt es: „Die finanzielle Durchführung der von der NSDAP. vertretenen Weltanschauung und die Niederrückung der kommunikativen Gefahr wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die politischen Kämpfer der NSDAP. sich rückhaltlos für dieses Ziel eingesetzt hätten. Das deutsche Volk schuldet ihnen für ihre heroischen Leistungen in gleicher Weise Dank und Anerkennung wie den Volksgenossen, die im Kriege Gesundheit und Leben für das Vaterland geopfert haben.“

Im einzelnen wird bemerkt, daß der Entwurf der Versorgung nur für die Vergangenheit vorsteht, denn er hat lediglich die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung und ihrer Hinterbliebenen sicherzustellen. Dieser Kampf ist aber nunmehr abgeschlossen. Als Zeitpunkt der Veranlassung ist der 12. November 1933 deshalb festgelegt worden, weil das deutsche Volk an diesem Tage durch seine Zustimmung einmütig bekräftigt hat, daß die Politik der nationalen Regierung seinem Willen entspricht. Als Beginn der Versorgungspflicht wird der November 1933 angeführt und zur Voraussetzung gemacht, daß die Gewährungsfähigkeit der Geschädigten ein mindestens 25 v. H. gemindert ist. Ferner ist Voraussetzung, daß der Geschädigte zur Zeit der Schädigung leistungsfähiges Mitglied der NSDAP. oder einer der genannten Gliederungen gewesen ist. Da die Hilfsstelle in der NSDAP. für sämtliche in Betracht kommenden Fälle die Unterlagen besitzt, ist die Zustimmung der Hilfsstelle bei der Gewährung einer Rente beim Sterbegeldes bestimmt worden.

Großkampf gegen den Bevölkerungsverfall.

Die Bedeutung der Stadtbrandfiedlung.

Der Typ des neuen Aderbürgers.

Berlin, 27. Febr. Alle maßgebenden Stellen, die Reichsregierungs-, die Landesregierungs-, die Deutsche Arbeitsfront, die Vertreter der Bauwirtschaft usw. haben sich dafür ausgesprochen, den Großkampf gegen den Bevölkerungsverfall in den dicht besiedelten Städten besonders auch durch eine weitere Förderung der Stadtbrandfiedlung fortzusetzen. Auf diesem wichtigen Gebiet der Bevölkerungspolitik handelt es sich vor allem um die fröhliche Anheftung solcher minderbemittelten Arbeitnehmer, die erwerbslos sind und deren Tätigkeit in der Industrie auf Kurzarbeit beschränkt ist, die also eine Ergänzung ihrer Erträge durch Landarbeit auf eigenem Grund und Boden finden sollen. In der Zeit von 1931 bis zum Amtsantritt des Kabinetts Hitler sind mit Hilfe von 83 Millionen Reichsmark 110 Millionen Reichsmark in dieser Kategorie gefördert. Im neuen Reichshaushalt werden nun wiederum Mittel für diese Siedlungspolitik eingelegt, deren Höhe allerdings bisher nicht feststeht.

Daß es sich dabei nicht etwa nur um arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte handelt, erläutert Dr. Tornau vom gebeten worden, sich unmittelbar an Herrn Wolf Clog, Berlin-Friedenau, Hertelstraße 10, zu wenden.

Kreis Gandersheim ohne Wohlfahrts-erwerbslose.

Bad Gandersheim, 27. Febr. Kreisdirektor Sievers machte in einer Veranlassung der Ortsgruppenleiter der NSDAP. die Mitteilung, daß der Kreis Gandersheim frei von Wohlfahrts-erwerbslosen sei, und daß sich bereits die Rotenkreuz-Gesellschaft in der in Ausführung begriffenen Freizeitanstalt Osterode-Bremen hundert Erwerbslose aus dem benachbarten Kreis Hildesheim heranziehen.

Bereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

Einheitliche Verkehrsregeln.

Staatsverträge mit Bayern und Württemberg nebst Schlussprotokollen vom 29. und 31. März 1933, sowie die zur Ausführung der Staatsverträge getroffenen Vereinbarungen außer Kraft. Das Gesetz über die Postabfindungen vom 18. Juli 1933 bleibt unberührt.

§ 7 hebt das Reichspostfinanzgesetz vom 18. März 1924 mit Wirkung vom 1. April 1934 auf.

In § 8 wird bestimmt: Bis zum 1. April 1934 werden aufgehoben: die Oberpostdirektionen Darmstadt, Halle, Kassel, Regensburg und München. Die Grenzen der neuen Oberpostdirektionsbezirke bestimmt der Reichspostminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern. Für abgegrenzte Gebiete des Reiches sind die Oberpostdirektionen zuständig, deren Bezirk diese Gebiete umschließt. Die Umwandlung von mindestens zehn selbständigen Telegraphenämtern in Telegraphenbetriebsstellen und deren Angliederung an bestehende Verkehrsstellen, sowie die Verringerung der Zahl der Telegraphenbetriebsstellen um mindestens zehn wird beschleunigt fortgesetzt. Die infolge Aufhebung von Oberpostdirektionen entstehenden Telegraphenämter werden aufgehoben.

Kapitel 3 (§§ 11—14) sieht mit der Reichsfinanzverwaltung. Es sieht in § 11 vor, daß die Landesfinanzämter Oldenburg und Unterweser aufgehoben und durch ein Landesfinanzamt mit dem Sitz in Bremen ersetzt werden, zu dem auch die bisher zum Landesfinanzamt Hannover gehörenden preussischen Regierungsbezirke Stade und Aurich gehören. Die Landesfinanzämter Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern werden aufgehoben und an ihrer Stelle ein neues Landesfinanzamt in Kiel errichtet. Die Landesfinanzämter Breslau und Obergroßherzogtum werden aufgehoben und an ihrer Stelle ein neues Landesfinanzamt in Breslau geschaffen. Die zum bisherigen Landesfinanzamt Schleswig-Holstein gehörenden preussischen Stadtreise Altona und Wandsbek, sowie der bisher zum Landesfinanzamt Hannover gehörende preussische Stadtreise Harburg-Wilhelmsburg werden dem Landesfinanzamt Hamburg (bisher Unterelbe) angegliedert. Die Abteilungen für Bohlen- und Verkehrssteuern in Braunschweig und Lübeck werden aufgehoben.

Die Maßnahmen sind spätestens bis zum 1. April 1934 durchzuführen. Für abgegrenzte Gebiete des Reiches sind künftig die Reichsbehörden zuständig, deren Bezirk diese Gebiete umschließt. Ausnahmen hiervon kann der Reichsminister der Finanzen bestimmen.

In Kapitel 4 (§ 15) werden Maßnahmen mit der Deutschen Reichspost (s. 15) und zwischen der Deutschen Reichspost und den Ländern und zwischen der Deutschen Reichspost und den Reichsbahnstellen, die am 1. April 1934 mit der Maßgabe außer Kraft, daß die bisher den Ländern zustehenden Rechte der Zustimmung zur Aufhebung oder Verlegung des Sitzes oder zu wesentlichen Änderungen der Bezirksteilung von Reichsbahnstellen infolge von der Reichsregierung wahrgenommen werden. Ebenso gelten die Rechte der Länder Thüringen, Hamburg und Bremen gegen das Reich aus der Abtretung der Staatsbahnen als erledigt.

§ 16 bestimmt, daß Beamte, die infolge der Aufhebung von Dienststellen nach Maßgabe der wirkenden Bestimmungen entlassen werden, von der obersten Reichsbehörde unter Gewährung des gesetzlichen Vortrages einwilligen in den Ruhestand versetzt werden.

Im Schlusskapitel (§ 17) wird angeordnet, daß die Reichsregierung über die Maßnahmen hinaus den Aufbau der Reichsbehörden vereinfachen und die hierzu erforderlichen Rechte und Verwaltungsmaßnahmen erlassen wird.

Auflärungsmittel für Bevölkerungspolitik und Lebenslage. Er weist darauf hin, daß der in der Stadtbrandfiedlung erscheinende Typ des neuen Aderbürgers vor allem geeignet sein werde, die enge Verbindung zwischen Stadt und Land herzustellen, die die Volksgemeinschaft im nationalsozialistischen Staat erfordert. Noch wichtiger für die Volksgemeinschaft sei aber, daß der zahlenmäßig verhältnismäßig starke Nachwuchs der minderbemittelten Arbeiterfamilien in den Kleinstadtkernen und Kleinstadtkernen der Großstädte verankert würde, und daß man ihm in der Siedlung die Möglichkeit eines gesunden Betätigungsfeldes bieten könne und wolle. Es komme noch die rassisch wertvolle und ererbenden Familien aus den umgebenen und bedrückenden Wohnverhältnissen der Großstädte werde ein Verfall der Rassekulturen verhindert.

Das Ziel der NSD.

30 Millionen Menschen, die nichts als deutsch sind.

Berlin, 27. Febr. Die weitere Wirkkraft der NSD. ist auch zur Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront von der auch unabhängig Stellen dahin festgelegt worden, daß es um die Erziehung der Volksgenossen zum Nationalsozialismus geht. Es ist die Linie (schwebt dabei den maßgebenden NSD.-Kreisen das Wort des Führers vor: „Es wird für mich der folgende Tag sein, an dem ich sagen kann: Ich habe den deutschen Arbeiter dem Vaterlande wiedergewonnen.“ Der Reichsbetriebsgruppenleiter „Eisen und Erde“, H. W. Biontel, bemerkt hierzu grundlegend, daß das neue Volksgesetz der Reichsbahn sein werde, mit dem die neue Führer für die NSD. gegebene Plattform dauernd lauter zu halten ist. Es sei keine allseitige Aufgabe, 30 Millionen Menschen, die durch Vererbung und unrichtige Erziehung auf falsche Bahnen gedrängt wurden, der Glauben an ihren wahren Wert zu geben und ihnen die verlässliche Liebe zum Vaterlande freizulegen. Es sei die schwerste und dankbarste Aufgabe zugleich, diesen besten Söhnen des Volkes ein Leben zu gestalten, das sinnvoll und nicht sinnlos sein solle. Und wenn der Leiter der NSD., einst melden könne: „Mein Führer! Rimm aus meiner Hand auf Grund der rastlosen Arbeit der NSD. 30 Millionen Menschen, die nichts als deutsch sind, dann erst habe die NSD. ihre geistliche Aufgabe erfüllt.“

Frankreich gegen die Rückkehr der Habsburger.

Otto von Habsburg.

Der Präsident für die Donaumonarchie.

Steht die ehrgeliebte Erzherzogin Jita jetzt schon am Ziel ihrer weitgeplanten Wünsche? Keineswegs sieht es so aus! Otto von Habsburg, der 1912 geborene Sohn des verstorbenen Kaisers Karl, scheint jedenfalls als Thronpräsident nicht in Österreich anerkannt zu sein. Erzherzog Otto, der bisher in der stillen Abgeschiedenheit des belgischen Schlosses Steenodergeel die Löwen lebt, tritt mit einem Male in das heisse Kampffeld der europäischen Politik. Schneller als es seine Mutter erwartete, scheint die Zeit der Restauration gekommen zu sein.

Bisher durfte es Erzherzog Otto nur wagen, seine Hand nach Ungarn auszustrecken. Er war der erste Anwärter für die ungarische Kaiserkrone. Zweimal hatte sein unglücklicher Vater, Kaiser Karl, den Versuch unternommen, wenigstens die Stefanokrone für das Haus Habsburg nach dem Novemberkrieg zu retten. Beide Male wehrte die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung den Staatsstreich der Habsburger mit Waffengewalt ab. Es darf vielleicht heute daran erinnert werden, daß sich unter denen, die 1921 gegen Kaiser Karl kämpften, auch der jetzige ungarische Ministerpräsident Gömbös befand. Kaiser Karls früher Tod (1922) machte dann allen Restaurationserwartungen im Donauraum ein rasches Ende. Gleichwohl ist Karls ältester Sohn, Erzherzog Otto, immer ein williges Werkzeug in den Händen seiner machtgierigen Mutter gewesen.

Erzherzogin Jita hat die Erneuerung des Habsburgerreiches von langer Hand vorbereitet. Im letzten Jahre reiste sie viel in Europa herum und gelang mit den Habsburgern der Habsburger Restauration in allen Einzelheiten die Möglichkeiten der Möglichkeit. Im Herbst 1933 wollte sie auch in Rom, wo sie die Magnaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie um sich versammelte und ihre Huldigungen entgegennahm. Erzherzogin Jita hätte es sehr gern gesehen, wenn sich ihr Sohn Otto mit Maria von Savoyen, der jüngsten Tochter des Königs von Italien, verlobt hätte. Schon bei den Feierlichkeiten anlässlich der Großjährigkeitsfeierlichkeiten des Erzherzogs Otto liefen Gerüchte um, daß Otto von Habsburg in Ungarn einen Staatsstreich veranlassen würde. Die ungarischen Legationen trafen bereits ihre Vorkehrungen. Die wilden Gerüchte mußten damals durch den belgischen König zu Ohren gekommen sein. Denn Albert I. sorgte dafür, daß der Flughafen Heerlen und das Habsburger-Schloß Steenodergeel unter scharfe Bewachung gestellt wurden.

Möglich, daß das Haus Habsburg auch in Österreich in zwei Etappen vorgehen wird, daß der Internationalismus der Habsburger erst eine Periode der „Nationalsozialismus“ nach ungarischem Muster vorangeht. Habsburgs Pläne in Österreich scheinen der Verwirklichung nahegerückt.

Eine Bedrohung des Friedens.

Paris, 28. Febr. Das tschechoslowakische Presbüro meldet: Der Pariser Berichterstatter des tschechoslowakischen Presbüros erklärt an möglichen französischen Stellen, daß der Standpunkt der französischen Regierung zur Frage einer Rückkehr der Habsburger auf den ungarischen und den österreichischen Thron sich seit der Erklärung der Großmächte vom 2. Februar 1931 geändert hat, in der diese ausdrücklich erklärten, daß sie sich gegen eine Wiedererlangung der Habsburger wenden. Die offiziellen Großmächte teilten damals der ungarischen Regierung mit und verständigten gleichzeitig die Staaten der Kleinen Entente, daß sie die Rückkehr der Habsburger auf den ungarischen Thron als eine Bedrohung des Friedens und daher als unzulässig ansehen. Die französische Regierung hält an dieser Stellungnahme von 1931 unverändert fest. Die gleiche Stellung nimmt sie auch gegenüber etwaigen Versuchen einer Rückkehr der Habsburger auf den österreichischen Thron ein.

Erzherzog Eugen will nicht nach Wien.

Wien, 27. Febr. Zu der Wiener Meldung, wonach der in Basel lebende Erzherzog Eugen möglicherweise als Bundespräsident der Republik Österreich in Aussicht genommen werde, erklärt die Schweizerische Depeschengenerierung aus der

Umgebung des Erzherzogs, daß diese Nachricht für die angelegenen Anwärter nicht neu sei. Erzherzog Eugen habe sich nach dem Umsturz in Österreich im Jahre 1919 nach Basel begeben, wo er leiblich in einem Hotel in ständiger Ruhe und Zurückgezogenheit lebe. Der frühere Heerführer sei heute über 70 Jahre alt und schiene wenig Neigung zu haben, den ruhigen Lebensabend gegen ein so exponiertes Amt zu vertauschen.

Der italienisch-französische Gegensatz.

Rom, 27. Febr. Die Nachricht von einem angeblichen Schritt des französischen Generalen in Wien in der Frage der italienisch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit erregt höchstes Aufsehen. Der Außenminister des „Lavoro Fascista“ sagt, wenn die Nachricht den Tatsachen entspräche, werde ein solcher Schritt eine nicht zu rechtfertigende Ermächtigung in die inneren Angelegenheiten Österreichs bedeuten und eben jene Unabhängigkeit verletzen, die Frankreich ebenso wie Italien unbedingt aufrechterhalten wolle. Sehen denn, fragt das Blatt, die französischen Kreise nicht ein, daß ein solcher Schritt der ganzen deutschen Presse den Vorwand geben könnte, von neuem zu behaupten, daß in Wien die Herrschaft Österreichs gar nicht unabhängig ist? Staat mehr sei, obwohl das vonseiten der Westmächte immer betont werde. Für Italien sei Österreich ein unabhängiger Staat und die italienische Regierung werde Österreich bei der Besserung seiner wirtschaftlichen Lage immer unterstützen, ohne sich darum zu kümmern, was man darüber in Berlin und auch in Paris denken könnte.

Starhemberg über die Ziele der Heimwehr.

Wien, 27. Febr. Der Bundesführer der Heimwehr Starhemberg verlas am Dienstag bei einem Empfang bei in- und ausländischen Presse eine Erklärung über die Zielsetzung der Heimwehr zu den aktuellen politischen Fragen. Starhemberg führte u. a. folgendes aus: Die politische Willensentscheidung des Heimaufbaus hat sich aus dem Kampf gegen den Marxismus ergeben, um vor allem das demokratisch-parlamentarische System zu überwinden und zu einer grundlegenden Erneuerung des Staates zu gelangen. Die Heimwehr vertritt die Forderung auf Durchführung des Nationalsozialismus in Anpassung an die Eigenart der österreichischen Verhältnisse, lehnt aber jede Radikalisierung von fremden Formen ab. Zur nationalsozialistischen Bewegung erklärte

Starhemberg, die Heimwehr stehe unerschütterlich auf dem Boden des deutschen Volkstums. Dem großdeutschen Gedanken werde durch ein selbständiges und unabhängiges Österreich gedient. Zwischen der Ideologie des Nationalsozialismus und dem österreichischen Heimatgefühl bestünde in vielen grundlegenden Fragen weitgehende Übereinstimmung. Der Heimatgedanke würde es auf das wärmste betreffen, wenn zwischen dem selbständigen Staat Österreich und dem deutschen Reich normale, mit der Zeit sogar freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden könnten. Dies könne jedoch nicht um den Preis einer Auslieferung Österreichs an die Nationalsozialisten geschehen. (1) Die Heimwehr habe absolutes Vertrauen zum Bundeskanzler. Auf Anfrage erklärte Starhemberg jedoch, daß die Wiedererrichtung der habsburgischen Monarchie nicht eine rein österreichische Frage sei. Er sei nicht grundsätzlich dagegen, jedoch seien heute weit wichtigeren Fragen zu denken. Starhemberg lehnte jedoch den Gedanken einer Regentenschaft zur Vorbereitung der Monarchie als einen Fehler ab. In den Zusammenhang der letzten Tage erklärte Starhemberg, daß die Heimwehr in Österreich zum Schutz gegen einen neuen roten Aufstand zusammengezogen worden sei, nicht jedoch zur Verteidigung der deutsch-österreichischen Grenze.

Bethlen über den italienisch-österreichischen Wirtschaftsplan.

Budapest, 27. Febr. Graf Bethlen äußert sich in der wirtschaftspolitischen Zeitschrift „Weltwirtschaftliche Rundschau“ über den italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsplan. Das wirtschaftliche Zusammengehen der drei Staaten, das Bethlen energisch habe, sei sehr glücklich. Es würde die wirtschaftliche Spannung für diese drei Staaten lösen und die schädlichen Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise in bedeutendem Maße mildern. Die enge Verbindung der drei Staaten könne nach außen als wirtschaftliche Einheit erscheinen. Im gegenseitigen Verkehr der drei Staaten könnten unter Beibehaltung des Wirtschaftsfreiheitungsgrundgesetzes Vorzugsrechte den wirksamen Schutz der gegenseitigen Interessen sichern. Dabei würde das engere wirtschaftliche Zusammengehen der drei Staaten ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht schmälern. Graf Bethlen bezeichnet dann die Friedensverträge als Quelle der wirtschaftlichen Krise und bemerkt, daß die Überprüfung dieser Verträge als unerlässliche Voraussetzung der wirtschaftspolitischen Gesundung.

Verstärkte französische Propaganda im Saargebiet.

Mit ungeheurem Geldaufwand.

Essen, 27. Febr. Wie die „Nationalzeitung“ aus dem Saargebiet berichtet, ist in den nächsten Monaten die Arbeitsgemeinschaft der französischen Parteien und Verbände unter Führung von Kesselbach auf Veranlassung der französischen Bergwerksfabrikation erneut ins Leben gerufen worden. Mit dem Ziele, im letzten Jahr vor der Abstimmung erneut eine verstärkte Aktivität der Propaganda zu entfalten und unter dem Schutz der Kooperationsnarrativen der Regierungskommission die französische Propaganda hemmungslos gegen die Bevölkerung ausstoben zu lassen. Folgende französische Parteien und Verbände haben sich in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen: Die Vereinigung der Elbschiffbringer im Saargebiet, die Vereinigung der französischen Naturschützer im Saargebiet, die wirtschaftliche Vereinigung Sauratou, der Verband der Saarbergleute, die unabhängige Bürger- und Arbeiterpartei, die Bauernschaft, die Elternvereine der Domankollegien, der Berufsverband der lazarischen Bergbauangehörigen und eine Gruppe der Ingenieure der französischen Saargruben. Hinter diesem folgen Namen verdient sich ein kleines Häuflein von Menschen; die meisten der Organisationen bestehen ausschließlich aus Briefbogen und Gummiheften... und einem Konto, woraus die Gelder für den Propagandafeldzug einzusammeln sind. Unterhüt wird die Ar-

beitsgemeinschaft durch die frankophile Presse, den „Generalanzeiger“, die „Chronik“, das Saarländer „Journal“ und schließlich auch nicht zu vergessen: die „Saarbrücker Tagesblätter“ und das kommunistische „Saarbrücker Volksblatt“ beworben, die sich mit ihm an einen Tisch setzen, erzählt der französische Leiter der Arbeitsgemeinschaft, zu der sich die verschiedenen Gruppen neuerdings zusammengeschlossen haben, daß die französische Regierung mit moralischer und finanzieller Unterstützung für diese Bestrebungen nicht in Anspruch wolle, und daß es jetzt an der Zeit sei, erneut eine Propaganda größten Ausmaßes zu entfalten. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, für die einheitliche Durchführung der Propaganda zu sorgen, deren Direktoren nach Auskunft des Herrn Kesselbach „einfachstei“ sein werden. Seit herüber sollen. Nach allem geht klar hervor, daß mögliche Stellen der französischen Politik hinter dieser Propaganda stehen. Hinzu kommt, daß die Arbeitsgemeinschaft sich überall ihrer besonders guten Beziehungen zur Regierungskommission brüsten und ganz unverblümt von einer Unterstützung durch diese spricht.

Die Arbeitsgemeinschaft, deren monatlicher Geldbedarf in die Hunderttausende geht, beschäftigt sich neben der Propaganda auch als Zentrale zur Weiterleitung äußerer Denunziationen gegen die Saarbevölkerung. Ihre Mitglieder sind angewiesen, im ganzen Lande Zellen zu errichten, die als Zentren für die Propaganda und die Spionageorganisationen vorgehen sind.

Buch, Hammer und Pflug.

Von Max Barthel.

Deutschland wurde im vergangenen Jahrhundert auf den Schicksalsspielen der Nation. Vorher war es schon einig durch die Sprache, durch gleiches Blut, durch die Sehnsucht seiner Volksgenossen. Deutschland war trotz aller Zerissenheit einig, vor allem in der Dichtung, deren Zentralfunktion, Johann Wolfgang Goethe, über alle inneren Grenzen und Gegensätze hinweg leuchtete und glühte. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde geistig durch das politische Schrifttum, das Kampf entliehe einem abstrakten Staat, der dem Arbeiter die Mitarbeit am Volke verweigerte.

Neben dem politischen Schrifttum aber erklang aus den Reihen der Arbeitererschaft selbst ein fester Chor von eigenen Dichtern, die von Leid und Lust ihrer Kameraden sagten und sangen. Der deutsche Arbeiter wurde in der deutschen Literatur nicht mehr ein Gegenstand des Mitleids, er wurde der Volksheld alter Wünsche und Hoffnungen, er wurde zum Helden des Volkes, der sein Leben für die ganze Welt trägt.

Man hat in den letzten Jahrzehnten viel von den deutschen Arbeiterdichtern gesprochen und geschrieben. Literaturprofessoren nahmen sich ihrer an, Dissertationen wurden über sie verfaßt, in den Schulen lernten die Kinder ihre Gedichte auswendig, auf den Straßen wurden ihre Helden gesungen. Neben dem Hammer trug der deutsche Arbeiter schon lange das Buch in der Hand, zuerst das politische Buch, in dem die Arbeiterbewegung an den Staat formuliert waren, dann aber das andere Buch, in dem seine eigene Welt geschildert war.

Die alten Arbeiterparteien hatten sich nach dem Krieg politisch dem Staat erboten. Sie vergaßen dabei, daß nicht der Staat ein Ding an sich ist, sondern daß er alle diese zusammengesetzten, der Staat und der schaffende Mensch, um eines zu werden, unüberwindlich zu sein. Sie vergaßen, daß der schaffende Mensch nicht nur ein politisches Wesen ist, er ist auch der biologische Träger von eigener Geschichte und Erbmalen. Sie vergaßen die Blutgemeinschaft des Volkes, überließen, daß der heutige Arbeiter sein Leben Teil sein oder Enkel kühnerer Vorfahren ist. Sie gaben dem deutschen Arbeiter politische Steine und verweigerten ihm das höchste Brot. Die Arbeit des Bauern auf Grund und Boden rundet sich wie das Leben und ist schön und in sich abgeschlossen wie

das Jahr. Das Werk des Arbeiters aber in der Arbeit an den laufenden Dingen, in den Montagehallen und an den Drehschindeln ist nicht in sich abgeschlossen und schön und vollkommen wie das ganze Jahr. Wohl hebt er den Hammer und schlägt auf das glühende Eisen, um es zu formen und zu zwingen. Aber dieses glühende Eisen ist nur ein Stück, ein Kolben oder Feder im Triebwerk einer Maschine. Der Arbeiter im Werk überlebt selten sein Werk: sein Erdwort wälzt vor sich seinen Händen, bis es endlich zu einem Gegenstand, und den Namen des schaffenden Menschen verliert. Arbeiterliteratur ist etwas anderes als Bauernliteratur. Die Bauernliteratur wächst auf anderem Grund und Boden als die Arbeiterliteratur. Die Dichtung, die aus El und Eisen wächst, ist anders als die Dichtung, die aus ungepflügtem Acker oder aus dem Getreidefeld emporblüht. Beide aber, die Dichtung des Arbeiters und die Dichtung des Bauern, aufzuwachen im Raum des Volkes, haben nach einem anderen Wurzelgrund, den roten Quellgrund des Blutes, und sie wachsen empor und werden bewegt vom Strom des Schicksals der ganzen Nation.

Der Pflug zieht den Boden auf, der Hammer schmiedet und formt das Eisen, die Dichtung aber vermag beides, den Boden aufzureißen und fertigzumachen für neue Saat, die Sägel und Senle zu dümmern für die Ernte. Der Hammer kann sich auch die Sägel für eine geistige Ernte schärfen, und er hat sie geschärft. Die geistige Ernte aus dem kulturellen Kulturgut einbringen ist die höchste Aufgabe des deutschen Arbeiteriums, wie es die höchste Aufgabe der Dichtung ist, über alle Klassen und Stände das Volk zu einigen, unzufügen und noch fruchtbarer zu machen.

Aus Kunst und Leben.

* Frankfurter Opernhaus. Paul Graener: „Friedemann Bach“ (Erfassung). Etwas spät kommt Paul Graeners vielgespielte Oper „Friedemann Bach“ nach Frankfurt, nachdem die Kassenkassette Mainz bereits vor Jahresfrist diese Oper herausgebracht hat. Der Libretto von Rudolf Kauter hat mit der bisherigen historischen Wertsetzung von Bach die gleiche Linie. Friedemann Bach, ein junger Mann mit dem Roman von Frankfort. Einige Motive des Romans werden zu einem dramatischen Opernwerk zusammengefasst. Es ging Professor Dr. Paul Graener hauptsächlich darum, einen bühnenmäßigen Vortritt zu finden, der ihn zu einem in den Mitteln — wie er bekannt — unproblematischen Musikern“ anregt. Diese Gelegenheit findet Graener in

einem Stoff, der ihm dazu die Möglichkeit bot, seine Idee, das Schicksal eines jungen, begabten, aber in der Welt scheiternden Künstlers musikalisch zu verwirklichen, „mag er nun Friedemann Bach oder anders heißen“. Die herbe Klangeinfalt eines Pühner, der in seinem „Friedemann“ wohl einer ähnlichen Idee nachging, ist bei Graener zwar nicht zu finden, dafür aber eine gefällige, ganz durchsichtige Einleitung, die mit Gedank und Können zwischen die Ausdrucksformen der Musik anknüpft. Daß aber die angebliche Natur der Sache durch eine dem Vorlekt einträgliche musikalische Natur erzielt werde, möchten wir doch bezweifeln. Gewiß, große Kunst ist vielfach einfach. Aber nicht jede einfach ist gebührende Kunst ist deshalb groß. Ob J. S. Bachs „Kunst der Fuge“ einfach ist, mag Graener entscheiden. Groß ist sie auf alle Fälle. Im Ballett des zweiten Aktes läßt Graener alle Taktgänge wie Scharaden, Silbiana, Grottesco um neu beleben. Im übrigen ist festzustellen, daß der instrumentale Part den vollen Effekt erzielt, ihn ebenfalls an Gewicht überträgt. Zudem sind die in ihrer Ausführbarkeit ziemlich empfindlichen Klangpartien sehr wenig fantasie angelegt. Man begrüßt Graeners Werk als willkommene Bereicherung des Opernspielplans, dem an Werken zeitgenössischer deutscher Opernkomponisten wenig Auswahl geboten ist. Einen tiefen, nachhaltigen Eindruck wird Graeners „Friedemann Bach“ allerdings selbst dann nicht erreichen, wenn, wie in Frankfurt, eine ausgezeichnete jenseitige und orchesterliche Arbeit geleistet war. Dr. Oscar Walterlin, der Regisseur, und Walburg Sievert, der Bühnenbildner, haben vorzügliches geleistet. Der zweite Akt, in dem die Fuge der Fuge, die angeblich eingeleitet werden sollte, befindet sich. Der vor jedem Akt mit Beifall empfangene Komponist sorgte als Dirigent seines Werkes für ein authentisches Klangbild. Sohn Götter, der die schwer zu bewältigende Titelfuge innehatte, war in diesem Abend in ausgezeichneter Form. Ihm ist ein großer Teil des Erfolges zuzuschreiben. Aber auch das übrige Ensemble — voran Kien E. G. H. Müller (Antonie) und Elsa Kment (Ursula) — hat ansehnliches Niveau. Es gab viel Beifall für den Komponisten und seine Helfer. Die Erfassung im Frankfurter Opernhaus war gleichzeitig Festvorstellung des Gausparteilages der NSDAP.

* Hermann-Stehr-Ausstellung in der Deutschen Bäckerei. Zur Feier von Hermann Stehrs 70. Geburtstag hat die Deutsche Bäckerei in Leipzig eine Ausstellung veranstaltet, die von Bibliothekar Dr. Arthur Lütke aufgeführt wor-

Für jede Zelle, deren Zahl auf ungefähr 300 geschätzt wird, sollen je 30 000 Franken zur Verfügung gestellt werden.

So wird das Sanatorium mit einem ungeheuren Geldaufwand mit einer Propaganda überflutet, von der die Bevölkerung in der Sanatorium nicht das geringste wissen will. Wir können uns nicht denken, daß die französische Regierung, die den Widerstand dieser Behauptungen der nüchternen Überlegung selbst einsehen müßte, auch heute noch die Gelder des französischen Volkes in den unergieblichen Topf dieser zweifelhafte Arbeitsgemeinschaft hineinschmeißt.

Die Tätigkeit dieser sanatoriumsähnlichen Propaganda bringt weiter nichts als Unruhe und Unruhe und dient einigen Dutzenden zur Befriedigung ihrer dunklen Gelfüste. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Spud endgültig und radikal aufgeräumt wird.

Roosevelt plant Herabsetzung der Schutzölle.

Die Industrie soll Opfer für die Landwirtschaft bringen.

Washington, 27. Febr. Nach der Konferenz im Weißen Haus am Montag und nach amtlichen und privaten Äußerungen von Beamten des Handelsministeriums läßt sich nunmehr ein genaueres Bild der Methoden der Roosevelt'schen Handelspolitik gewinnen. Bekannt ist das Ziel des Präsidenten, die Preise der Landwirtschaftserzeugnisse durch Ablass der überflüssigen Erzeugung im Ausland zu heben und mit der Einschränkung, daß Einfuhr und Ausfuhr künftig möglichst ausgeglichen werden müssen. Diese Ablass bedingt Opfer für die amerikanische Industrie, die nicht weiterhin durch ungetriggerte Schutzölle vermehrt und begünstigt werden soll. Sie soll in gewissen Punkten zurückweichen, damit das Ausland, das amerikanische Farmerzeugnisse kauft, seinerseits Industriemärkte in Amerika einführen kann. Präsident Roosevelt hat zunächst den Weg gewählt, drei Diszontanten zu errichten, die den amerikanischen Ausfuhr- und Einfuhrhändlern bei der Ausbeutung des Außenhandels behilflich sein sollen. Durch diese Erfahrungen in den Nachkriegsjahren gewohnt, vermeidet man jegliche Kreditgehoßung an das Ausland, sondern beschließt, die Rechnungen der Ausfuhrhändler und die Wechsel der Einfuhrhändler im üblichen Diszontverfahren, aber unter Beibehaltung amtlicher Mittel zu belassen. Ein weiterer Schritt ist die Herabsetzung der hohen Schutzölle, die durch die Devaluation des Dollars inzwischen automatisch um weitere 40 v. H. erhöht worden sind. Man spricht von dem Wunsch Roosevelts, sich vom Kongress die Ermächtigung zur Herabsetzung aller Ölle bis zu 50 v. H. im Wege des gegenseitigen Ausbehalts mit den fremden Mächten geben zu lassen.

In der Schöpfung der drei neuen Außenhandelsbanken ist ergänzend zu werden, daß die erste Bank dem Handel mit Samojerz und die zweite dem Handel mit Ruba und die dritte dem Handel mit den übrigen Ländern dienen soll. Ruba soll nur dem Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen eine Anleihe zum Ankauf von Silber in den Vereinigten Staaten gewährt werden.

Litauen für einen engeren Zusammenschluß der baltischen Staaten.

Romno, 27. Febr. Der litauische Außenminister Dr. Janušis sprach Samstagabend anlässlich der Feier des 10. ständischen Unabhängigkeitstages in Romno über den Werdegang der baltischen Staaten. Für gegenwärtigen Lage äußerte er sich u. a. dahin, daß ein engerer Zusammenschluß angebracht wäre. Die Suche nach Rückhalt bei den großen Staaten diene nicht immer Gewähr für dauernde Sicherheit. Sicherer sei das Zusammengehen mit kleineren Staaten. Allerdings müßte dabei berücksichtigt werden, daß jeder der baltischen Staaten eigene Probleme zu lösen habe. Litauen habe Beispiel des Bina-Problems. Wenn in dieser Richtung eine gegenseitige Unterstützung auch nicht möglich sei, so wäre es doch notwendig, sich untereinander zu verständigen. Litauen habe, so führte Dr. Janušis zum Schluß aus, zur Klärung und Befestigung der Schwierigkeiten und Hindernisse für ein engeres Zusammengehen der baltischen Staaten bereits viel sachliche Vorschläge geleistet, und es betreffe auch den Standpunkt, daß das Zusammengehen der baltischen Staaten sich nicht gegen dritte Mächte auswirken dürfe.

den. Man gewinnt einen klaren Eindruck von dem Lebenswert des Dichters, das in Gedank und Eingelassenen vollständig vorliegt. Darunter befindet sich auch das Exemplar des Romans „Drei Mächte“, das Steier seinen Götter Willen mit handwerklicher Wahrung ins Feld mitgegeben hat. Eine Reihe Bände zeigen gegenwärtigen uns Steier in verschiedenen Zeiten seines Lebens. Dazu gehören auch Abzüge seiner Gedichtsammlung und seiner Hand. Reich vertreten ist die Literatur über Steier; darunter befinden sich Aufsätze von Gerhart Hauptmann und anderen Dichtern über Steier. Ein wertvoller Beitrag zu der Ausstellung sind die Briefe schlesischer Schüler an Hermann Steier, die anlässlich seines vorjährigen Geburtstag auf Veranlassung der Lehrer an den Dichtern geschrieben worden sind.

* Ein neues Musikinstrument, das Partiturophon. Der Begründer der deutschen Elektromusikforschung, Dr. Rager, Darmstadt, hat ein ganz neues Musikinstrument, das Partiturophon, erfunden. Dieses neue Hausinstrument ist hervorzuheben, die billige und kleine Orgel der Welt zu werden. Sie beruht auf dem elektroakustischen Prinzip einer Orgel ohne Pfeifen. Während die französische Konstruktion aus 300 Radiatoren-Schwingungsapparaten zusammengesetzt ist, benutzt das Partiturophon nur fünf Röhren, wodurch ein billiges Musikinstrument geschaffen wird. Die Röhren spielen dem einfarbigen Klavier und dem vielschichtigen Orgelbau mit dieser Erfindung eine wertvolle Überwindung erfahren.

* Weltstatistik der Erfindungen. An der Spitze der Länder mit jährlichen Patenterteilungen stehen die Vereinigten Staaten mit ungefähr 50 000 Patenten. An zweiter Stelle folgt das Deutsche Reich, das rund 26 000 Patenterteilungen jährlich aufzuweisen hat, sodann Frankreich mit durchschnittlich 23 000, Großbritannien mit 21 000, Italien mit 12 000 und Kanada mit 10 000. Es schließen sich an Belgien, Schweiz, Österreich, Japan, Dänemark, Schweden, Norwegen, Niederlande, Ungarn, Polen, Australien, Norwegen und Dänemark. Bei der Verteilung dieser Statistik ist zu berücksichtigen, daß die genannten Staaten verglichen groß und unterschiedlich bevölkert sind. Würde man beispielsweise Bolivien oder die Schlangel vermehrt zu Gunsten des deutschen Erfinders noch erheblich vergrößern.

* Ständige Kunst und Musik. Das dritte Brudner-Fest findet am 28. bis 30. April in Mannheim statt. Es wird veranstaltet von der Stadt Mannheim und der Internationalen Brudner-Gesellschaft.

Wiesbadener Nachrichten.

Denk an das Eintopfgericht am 4. März.

Das Eintopfgericht wird am ersten Sonntag des Monats gefeiert, also am 4. März. Es darf nicht vorzukommen, daß die Empfänger der Sammlung gegenüber den vorhergehenden Monaten abnehmen. Wo dies der Fall ist, muß man von einer Schande für die ganze Stadt und für das ganze Dorf sprechen.

Es heißt sehr, daß es immer noch Volksgenossen gibt, die den Sinn des Eintopfgerichtes noch nicht begriffen haben. Das Eintopfgericht hat nur dann einen Sinn, wenn es zugleich ein Opfer darstellt. Man soll sich zwar satt essen, aber man soll einfach essen, und das Geld, das man dadurch spart, für die notleidenden Brüder opfern. Es ist bedauerlich, wenn wohlhabendere Herrschaften die Sammlung abweisen oder mit ganz geringfügigen Beträgen abspülen. Wer so handelt, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft. Er wird ein Fremder im eigenen Vaterlande sein. Wenn ihm ein frohes Heil Hitler entgegensteht, dann muß er erwidern, weil er seinen Besitz vor dem Volksgemeinschaft behält. Wenn andere großen Mätes ihr Eintopfgericht verweigern, dann muß er fürchten, von seinen Kindern und von seinem Hausmädchen verachtet zu werden. Solche Menschen werden niemals Nationalsozialisten werden. Man muß sogar daran zweifeln, ob sie es überhaupt verdienen, Deutsche zu heißen; denn das Eintopfgericht ist ein deutsches Volksbrauch geworden, dem sich niemand mehr entziehen kann.

Opfer am 4. März durch das Eintopfgericht!

Ellu Beinhorn

Spricht über ihren Afrikaflug.

28 000 Flugkilometer in 180 Flugstunden über Afrika, die Hälfte davon über Strecken, die als Flugstrecken noch nicht eröffnet sind, bedeuten eigentlich eine Leistung, die einer mit allen Hilfsmitteln ausgerüsteten Fliegertruppe noch vor wenigen Jahren zur Ehre gereicht. Für Ellu Beinhorn, die schon ein Fliegerleben in der afrikanischen Wüste und einen Afrikaflug „Mund um die Welt“ hinter sich hat, ist das aber nicht mehr als ein sportliches Unternehmung zum Besuch deutscher Konsulate in Afrika, bei dem man zur bestimmten Zeit auf dem Kontinent sein darf und rechtzeitig wohlbehalten zurückkehrt. Ganz so einfach, wie Ellu Beinhorn, die bereits zum dritten Male nach Wiesbaden kam, ihren großen Afrikaflug in einem Nachtbomberortrag als Dienstreise im volldienlichen kleinen Saal des Kurhauses schilderte, wird es so wohl nicht gewesen sein. Aber die mit dem Hindenburg-Rokal ausgesendete junge Fliegerin weiß so liebenswürdig und schlicht, so ohne alle Rahmdeutigkeit ihr abenteuerliches Erlebnis zu schildern, daß man ihr zwei Stunden lang ohne Ermüdung zuhören kann. Sie berichtet von den erregenden Stunden über Bordereigenen Eindrücken und Erregungen. Sie ist auf ihrem Heimflug-Gabriel über Konstantinopel und Aleppo in Kairo gelandet, kam dort der Absicht von Berlin verflungen. Über den Sudan darf sie als Frau nicht allein fliegen. Die beiden Engländer im Begleitflugzeug aber müssen unterwegs notfalls und die Besätze wird nun selbst zur Begleitfliegerin, die sie allein weiterfliegt: über Kairo nach Kordofan und Dar-es-Salaam im ehemaligen Deutsch-Ostafrika wo unsere Konsulate ihre ersten festlichen Empfang bereiten und einige Teilnehmer am Geschehen in der Heimat befinden. Sie macht Jagdausflüge, findet Giraffen und anderes Großwild der afrikanischen Steppen und besucht ein Goldgräberlager. Dann fliegt sie weiter nach Kapstadt und von dort nach Winduk im ehemaligen Deutsch-Süd-West, das sie nach einem noch zu abgekauften Zwischenfall wohlbehalten erreicht. Von der großfreundlichen Aufnahme bei den deutschen Farmern und Jägern, die ihren Besuch bei den deutschen Konsulaten, ist sie das Lobes voll. Auch die Engländer der beiden Konsulate sind aufmerksam und zuvorkommend. Bessere Freundlichkeit und Gastfreundschaft hat sie in den französischen Kolonien gefunden, das ihr in Accra von einer Deputation nach der englischen Goldküste ausgewandelter Logisten überreicht wird. Dieser in tadellosem Deutsch geschriebene „Willkommenstempel der Deutsch-Logaländer“ schließt mit dem Wunsch für weiteres Flugerglück und gibt der Hoffnung Ausdruck, Frau Beinhorn Ellu Beinhorn wieder bald in unserem Vaterland Logo unter der alten deutschen Schutzflagge leben zu dürfen. Nichts hätte die nach 20 Jahren noch immer vorbandene Freundschaft der Eingeborenen für die deutsche Kolonialverwaltung besser zum Ausdruck bringen und damit gleichzeitig die Kolonialflüge des Berliner Vertrages wirksamer widerlegen können als diese Adresse. Über Kordofan, Gafarabana und Tunis fliegt Ellu Beinhorn dann nach Rom, wo sie von Mussolini empfangen wird. Tags darauf ist sie schon wieder wohlbehalten in Berlin. Bis zum nächsten großen Flug erzählt sie von ihren Erlebnissen, die auch bei uns ein aufmerksames und begeistert folgendes Publikum fanden.

Nationalsozialistische Frauenschulen für Volkspflege.

Auf Grund eines Erlasses des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung werden die Sozialen Frauenschulen in Preußen mit Wirkung vom Oktober 1934 an in Nationalsozialistische Frauenschulen für Volkspflege umgeändert. Die bisherigen Volkshaus-Frauenschulen werden künftig die Bezeichnung „Nationalsozialistische Volkspflege“ tragen. Der Zweck ist es, die nationalsozialistische Volkspflege, durch heilsame Tat und Anleitung zur Selbsthilfe und Nächstenliebe, bewirken zu werden, daß alle Deutschen nunmehr in einer echten Volksgemeinschaft zusammenstehen. Die nationalsozialistischen Frauenschulen für Volkspflege haben daher die grundlegende Aufgabe, die Schülerinnen im Nationalsozialismus fest zu verwurzeln und sie einheitlich zur Lösung ihrer volkspflegerischen Aufgaben im Sinne des nationalsozialistischen Geistes zu erziehen und auszubilden.

Entsprechend wird der bisherige Lehr- und Stoffplan der Frauenschulen neu gestaltet und die Bahn freigelegt vor allem zu sicherem Jureiten und zielbewusstem Schaffen. Kerngebiete des neugestalteten Unterrichts bilden die nationalsozialistische Weltanschauung und Lebensgestaltung und hierauf aufgebaut die nationalsozialistische Volkspflege. In der Ab-

teilung „Deutsche Schicksalsgemeinschaft“ wird künftig das Unterrichtsgebiet der nationalsozialistischen Weltanschauung und Lebensgestaltung in den Fächern Rassekunde, deutsche Geschichte, deutsche Volksgeschichte und die geschichtliche Entwicklung und Bedeutung Adolf Hitlers“ zusammengefaßt, während in der Abteilung „Deutsche Volkstümlichkeit“ über die drei Gebiete „deutsche Frömmigkeit, deutsche Kunst und deutsche Arbeit“ unterrichtet werden wird.

Die nationalsozialistische Volkspflege wird künftig in die Aufgabengliederung: Volkspflege, Hauswirtschaftspflege, Familienpflege und Volksgemeinschaftspflege gegliedert sein. Innerhalb dieses Rahmens werden u. a. die Volksgemeinschaftspflege und die Körperpflege, die nationalsozialistische Volkswirtschaft und artgemäße, bodenkundliche, Rassehygiene, die Volkspflege des Heimes, die Rassehygiene, die Volkspflege der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und die volkstümlichen Gemeinschaftsfeiern eine besondere Stellung einnehmen. Die einzelne nationalsozialistische Frauenschule hat die landwirtschaftlich und bevölkerungspolitisch gegebene besondere Aufgabe ihres Lebensbereiches zu berücksichtigen, jedoch unter strenger Wahrung des Gedankens der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft.

Die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen.

Regelung durch neues Gesetz.

Nach dem vom Reichsjustizministerium vorgelegten und vom Kabinett getreten angenommenen Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundbesitzverhältnissen, die in wiederkehrenden Leistungen bestehen, auf die Miet- und Pachtzinsforderungen nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

Werden Miet- oder Pachtzinsforderungen wegen des zuletzt fällig gewordenen Teilbetrages der öffentlichen Last gepfändet, so wird die Pfändung durch eine später von einem Hypotheken- oder Grundschuldbesitzer bewirkte Pfändung nicht berührt. Ist vor der Pfändung der Miet- oder Pachtzins eingezogen oder in anderer Weise über ihn verfügt, so bleibt die Verfügung gegenüber dem aus der öffentlichen Last Berechtigten, soweit seine Pfändung das Borrecht genießt, nur für den zur Zeit der Pfändung laufenden Kalendermonat und wenn die Pfändung nach dem 15. Tage des Monats bewirkt ist, auch für den folgenden Kalendermonat wirksam.

An der Begründung wird ausgeführt, daß diese gesetzliche Regelung ein Mittelweg dahin sei, daß aus der öffentlichen Last Berechtigten der Weg der Miet- und Pachtzinspfändung mit dem Borrecht vor anderen dinglichen Gläubigern zwar offenkundig sei, aber nur wegen der letzten vor der Pfändung fällig gewordenen Steueranteile und bei monatlicher Fälligkeit aus wegen der vorliegenden Raten. Der Schlußabsatz des Gesetzes dient lediglich der Klarstellung. Er behandelt das Verhältnis der von dem Steuerläufer wegen der fraglichen Raten ausgebrachten Pfändung zu vorausgegangen anwerbenden Verfügungen über den Miet- oder Pachtzins. Diese Verfügungen sollen dem pfändenden Steuerläufer gegenüber nur insofern wirksam sein, als sie sich auf den zur Zeit der Pfändung laufenden Kalendermonat und wenn die Pfändung nach dem 15. Tage eines Monats bewirkt ist, auch auf den folgenden Kalendermonat beziehen. Durch diese Vorschrift wird eine Auszahlung des Borrechtes durch Vorausverfügungen verhindert.

25 Jahre Artierdenkmal im Kerotel.

Das gewaltige Denkmal am Eingang des Kerotels, das für die 25 Jahre Artierdenkmal am 1870/71 geschaffen wurde, steht jetzt im Frühjahr bereits 25 Jahre auf diesem Platz. Nach während des Jahres von 1870/71 hat man sich schon im Offizierskorps des 1. Infanterieregiments 87 und 88 mit der Absicht, für die Gefallenen ein Denkmal in Wiesbaden zu errichten. Trotzdem die Regimenter später der 41. Brigade zugewiesen und Mainz ihre Garnison wurde, ließ man 1873 das Denkmal in Wiesbaden durch Bildhauer Hermann Schies errichten. Im Laufe der Jahre wurde das Denkmal dann baufällig, so daß man sich entschließen mußte, eine Wiederherstellung vorzunehmen, und ein neues Denkmal zu setzen. Das letztere geschah dann auch im Jahre 1909. Am Eingang der Kerotalanlagen erhielt das neue Denkmal, das eine Höhe von 10 Meter hat, dann seinen Stand. Ein hoher Sockel bildet den Grundstein, auf dem ein ungeheures Werk mit einem nackten Germanen, der eine Keule über der Schulter trägt, steht. Deutsche Kraft und deutsches Heldentum verkörpert. Das Reiterdenkmal ist 3,25 Meter hoch. Die Treittrepppe und Terrasse besteht aus bayerischem Granit, das Denkmal aus bayerischem Muschelkalkstein. Der Unterbau des Denkmalen ist aus Berlin geschaffenen Marmorsteinen. Die Inschriften sind von Berlin, Würzburg, Sedan und Paris, sowie nicht weniger als 400 Mann der Gefallenen von 1870/71, deren Eingetragene auf dem Reiterstein im Laufe der Jahre aber ansehnlich geworden ist.

Wiesbadener Gäste. Die bekannte Volkspfeilerin Ellu Beinhorn ist zu einem Nachtbomberortrag über ihren Afrikaflug 1933 im Kurhaus in Wiesbaden eingetroffen und im Hotel „Kaiserhof“ abgesehen.

Die Dringende Welt der NSDAP. veranlaßte gestern Abend im großen Saal des „Saalbauers“ ihre erste große öffentliche Kundgebung am 28. Februar 1934, die überaus stark besucht war. Als Redner war Dr. Rager, der als Redner gewonnen worden, der über das Thema „Hitler und die Arbeiter“ sprach. Er unterhielt das gesamte Programm der NSDAP und zeigte die Auswirkungen des ersten Jahres der nationalsozialistischen Regierung an. Es ist den alten Nationalsozialisten heute kaum noch glaubhaft, daß die Bewegung einmal verpöcht war, daß das Zentrum und Brandenburg einst von selbst geleiteten Volksgenossen bis zum äußersten bekämpft wurden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Zeit des Kampfes der Bewegung noch nicht abgeschlossen ist, es es noch vielmehr allen Angehörigen der Bewegung klar sein, daß Nationalsozialismus heißer Kampf bedeutet. Das was hinter uns liegt, war der Kampf um die Macht, jetzt wird der Kampf um die Erziehung des deutschen Volkes zur nationalsozialistischen Weltanschauung aufgenommen. Am 30. Januar 1933 wurde ein Trennungsgang unter die bisherige deutsche Geschichte gezogen, die Epoche der deutschen Volksgemeinschaft begann. Das Volk muß so erogen werden, daß die Macht innerlich verankert ist. Das was der Führer vertritt, steht unerschütterlich fest wie ein Felsen. Das ganze Volk muß Vertrauen zu ihm haben, was es bei den Wandern der Bewegung schon seit langem Selbstverständlichkeit ist. Wenn wir uns die Verhältnisse im Ausland ansehen, dann erst

Mütter, kämpft für eure Kinder!
Werdet Mitglieder der NS. Volkswohlfahrt!

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wiesbaden.

Ein Jahresrückblick und ein Vergleich mit den Ergebnissen im Reich.

Kommt eine Reform der Arbeitslosenhilfe?

Am deutlichsten tritt das im 1. Jahre des nationalsozialistischen Reiches erzielte Ergebnis der nationalen Arbeitsbeschaffung und der wirtschaftlichen Besserung am dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu Tage. Mehr als jeder dritte arbeitsfähige Mensch in Deutschland war im Januar/Februar 1933 ohne Arbeit, mehr als 6 Millionen Arbeitslose wurden zu dieser Zeit amtlich gezählt. Nur noch rund 3,8 Millionen Arbeitslose waren es am 1. 2. 1934. Neben diesem gewaltigen Ergebnis im Reich ist es von Interesse, wie sich die Arbeitsbeschaffung in Wiesbaden auf dem Arbeitsmarkt auswirkte und wie die Unterschiede gegenüber dem Gesamtergebnis im Reich zu erklären sind. Die nachfolgenden Übersichten zeigen die Entwicklung im Reich und in Wiesbaden.

Reich (Zahlen in Millionen)	Wiesbaden (Zahlen in Tausenden)
Arbeitslose	Arbeitslose
31. 1. 33 3.272	31. 1. 33 6,013
30. 9. 33 2.424	30. 9. 33 4,848
30. 11. 33 1.403	30. 11. 33 2,212
31. 12. 33 1.278	31. 12. 33 2,830
31. 1. 34 1.705	31. 1. 34 2,069

Bei dem Vergleich dieser Übersichten ist zunächst zu erkennen, daß der weitaus größte Anteil des Rückganges sowohl im Reich wie in Wiesbaden auf die Monate bis September 1933 entfällt. Diese Tatsache ist darin begründet, daß die Auswirkung der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen sich in den ersten Monaten ihrer vollen Wirksamkeit und in der für die Augenblicke günstigen Jahreszeit in stärkerem Ausmaße zeigen mußte als in der Folgezeit. In der Zeit nach September zeigt dann die Kurve zunächst nicht mehr die gleiche Entwicklung. Während im Reich die Arbeitslosenzahlen bis einschließlich November noch weiter erheblich zurückgingen, blieb in Wiesbaden der Ende-Septemberbestand erhalten, und es traten nur innerhalb der einzelnen Gruppen der Arbeitslosen Veränderungen ein. Ab Dezember zeigt die Entwicklungskurve im Reich und in Wiesbaden wieder die gleiche Tendenz. Im Dezember trat, schon bedingt und verstärkt durch die außergewöhnliche Kälte, ein Rückgang ein, der in Wiesbaden anteilmäßig etwas geringer war. Im Januar 1934 wurde dieser Rückgang auch in Wiesbaden fast völlig wieder aufgehoben, u. a. ein Beweis dafür, daß die konjunkturelle Besserung tatsächlich ein mitausgleichender Faktor bei der Aufwärtsentwicklung ist. Der Rückgang der Arbeitslosen in Wiesbaden um 350 Parteien im Januar ist sehr erheblich.

Zeit demnach die Entwicklungskurve im Reich und in Wiesbaden bisher im wesentlichen die gleiche Linie nach oben, so ist aber das Ausmaß der Besserung in Wiesbaden gegenüber dem Reich erheblich zurückgeblieben. Es ist selbstverständlich, daß der Aufstieg nicht in allen Bezirken des Reiches völlig gleichmäßig vor sich gehen kann. Er mußte vielmehr dort, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger lagen, — also in Städten und Bezirken, deren Wirtschaftsleben überwiegend auf Industriezweigen beruht, die durch die Arbeitsbeschaffung unmittelbar erfaßt wurden oder in überwiegender landwirtschaftlichen Gegenden, in härterer Ausnahme erfaßt, dagegen in anderen Bezirken, die ihrer wirtschaftlichen Struktur nach durch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen nur in geringerem Umfange unmittelbar erfaßt wurden, unter dem Gesamtergebnis des Reiches bleiben. Letzteres trifft auch

für Wiesbaden zu. Die Wiesbadener Wirtschaft ist in erster Linie auf die Bedürfnisse der Kur- und Bäderstadt abgestellt. Damit ist aber in der Hauptsache auch schon der Grund dafür gefunden, daß die Besserung des Wiesbadener Arbeitsmarktes zunächst das Ausmaß der allgemeinen Besserung noch nicht erreichen konnte.

2½ Millionen hauptunterstützte Arbeitslose waren im Reich am 31. 1. 34 weniger vorhanden als vor Jahresfrist. Das Reich legt bei der Festlegung der Reichswohlfahrtskassen einen durchschnittlichen Unterstützungsaufwand von 46,50 RM je Partei und Monat zugrunde. An Hand dieses Durchschnittsaufwandes läßt sich errechnen, daß nach dem Stand vom 31. 1. 34 gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit im Januar/Februar 1933 im Reichgebiet (beim Reich, bei der Arbeitslosenversicherung und bei den Gemeinden) bereits eine Senkung des Unterstützungsaufwandes um monatlich 100—110 Millionen RM eingetreten sein dürfte. In Wiesbaden beträgt der Rückgang der Arbeitslosen im gleichen Zeitabschnitt 2650, so daß bei dem gleichen durchschnittlichen Anlag von 46,50 RM je Partei und Monat für Wiesbaden nach dem Stand vom 31. 1. 34 gegenüber dem 31. 1. 33 eine Minderung des Unterstützungsaufwandes um fast 125 000 RM monatlich zu erreichen ist. Da von dem Rückgang in Wiesbaden 650 auf die Kur- und Kurbadpächter des Arbeitsmarktes und 2000 auf Arbeitslose des Wohlfahrtsamtes entfallen, muß sich die Ausgabenminderung mit etwa 30 000 RM auf das Arbeitsamt und mit etwa 95 000 RM auf das Wohlfahrtsamt verteilen. Ob sich diese Entlastung in der Folgezeit vollständig zugunsten des künftigen Haushalts auswirken wird, hängt aber davon ab, wie sich die Reichswohlfahrtskassen im kommenden Haushaltsjahr praktisch gestalten wird. — Der Rückgang bei der Gruppe „Wohlfahrtsamtsarbeitslose und sonstige Arbeitslose“ von 11 450 am 31. 1. 33 auf 9450 am 31. 1. 34 entfällt im übrigen ausschließlich auf die Wohlfahrtsamtsarbeitslosen, die in diesem Jahresabschnitt von 9250 auf 7150, also um 2100 abnahmen. Die sonstigen Arbeitslosen nahmen in der gleichen Zeit von 2200 auf 2300 zu. Die Gruppe der sonstigen Arbeitslosen entfällt vor allem einen Teil der arbeitslosen Sozialrentner, also arbeitsunfähige und ältere (über 60 Jahre), nur noch beschränkt arbeitsfähige Personen, die ebenfalls für die Arbeitsunterbringung — jedenfalls vorerst — nicht in Betracht kommen; daher erklärt sich auch die Stabilität bzw. die geringe Zunahme dieser Gruppe.

Ein Teil der Gemeinden hat unter dem Druck der Arbeitslosenlasten finanziell noch schwer zu kämpfen. Dies gilt vor allem für Städte wie Wiesbaden, bei denen sich infolge der Eigenart ihres wirtschaftlichen Aufbaues die Besserung noch nicht in so hohem Ausmaße auswirken konnte. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung bewegt sich jedoch konjunkturrelativ weiter in aufsteigender Linie. Der weitere Wiederaufstieg im neuen Jahresabschnitt des Arbeitskampfes wird sich auch in den nach ihrer Wirtschaftskultur ungünstiger gelegenen Städten und Bezirken in verstärktem Maße durchsetzen und auch dort die Arbeitslosigkeit und ihre Lasten in zunehmendem Umfange weiter senken.

Nach neuerlichen Verhandlungen soll die Reichsregierung beschließen, bis Frühjahr dieses Jahres eine endgültige Regelung der Arbeitslosenhilfe vorzunehmen. Nach welcher Seite hin dabei die Entlastung erfolgen wird, ob es zu einer Bereinigung der gesamten Arbeitslosenhilfe bei den Arbeitsämtern oder bei den Gemeinden kommen wird, dürfte zurzeit noch nicht feststehen. In letzter Zeit hat sich die Meinung zugunsten der Arbeitslosenversicherung verhärtet, und die Arbeitsfront dürfte nicht für den Übergang der sozialpolitisch so wichtigen Gebiete, wie es die Arbeitslosenhilfe, die Arbeitsvermittlung und die Berufsberatung sind, an die Gemeinden sein.

Steuerzahlungstermine im März.

5. März: Lohnsteuer, Arbeitslosenhilfe und Ehebandhilsabzüge für die Zeit vom 16. bis 28. Februar; an das Finanzamt.
5. März: Bürgersteuer der Arbeitnehmer für 16. bis 28. Februar; an die Städtische Steuerkasse.
10. März: Einkommen- und Körperschaftsteuer-Vorauszahlung; an das Finanzamt.
10. März: Ehebandhils-Vorauszahlung der Veranlagten; an das Finanzamt.
10. März: Umsatzsteuer-Vorauszahlung (Einkaufspreis 17. März); an das Finanzamt.
10. März: Börsenumschlagsteuer für Februar; an das Finanzamt.
10. März: Hauszinssteuer, Grunderwerbssteuer, Millabfuhr, Sanftbahnreinigung; an die Städtische Steuerkasse.
10. März: Schulgeld; an die Städtische Schulgeldkasse (Wiesbadener Bank).
20. März: Bürgersteuer der Arbeitnehmer für 1.—15. März; an die Städtische Steuerkasse.
20. März: Lohnsteuer, Arbeitslosenhilfe und Ehebandhilsabzüge für 1.—15. März; an das Finanzamt.
27. März: Solsteuer für Februar; an das Finanzamt.

zur unentgeltlichen Mitarbeit bei der Errichtung einer vorläufigen Kleinwohnung im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1931 nachkommen, so kann darin ein berechtigter Grund zur Aufnahme der Arbeitsstelle im Sinne von § 93 in Verbindung mit § 89, Abs. 2, Nr. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegen (III a Nr. 149/33).

Keine Verzögerung öffentlicher Stellen bei der Pflanzung von Bäumen und Pflanzungen eines Grundstücks. Mit den berühmten Vorrechten der öffentlichen Hand bei der Eintreibung von Forderungen gegenüber einem Grundbesitzer hat das Oberlandesgericht in Düsseldorf nunmehr etwas ausgeräumt. Es hat der Pflanzung der Steuerbehörde keinen Vorzug mehr eingeräumt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ein Hauseigentümer trat durch notarielle Urkunde seinen Kindern Mietwohnungen ab. Gleichwohl pflanzte die Stadtgemeinde die Pflanzungsforderung wegen rückständiger Grunderwerbs- und Hauszinssteuer und zog den Betrag ein. Die Kinder erhoben daraufhin gegen die Stadt und das Land Preußen Klage. Das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat in seinem Urteil vom 9. November 1933 (4 I. 16/33) statt und erklärte die Pflanzung der abgetretenen Mietforderungen für unzulässig. Die Stadt könne — so heißt es im Urteil — zur Rechtverfolgung ihrer Vollstreckungsmassnahmen sich nicht auf den § 124 BGB. berufen. Es kann nicht zugegeben werden, daß die öffentlichen Stellen eines

Grundstücks den bürgerlich-rechtlichen Hypothekenbesitzungen in der Weise gleichstellen sind, daß die für diese geltenden Vorschriften des Privatrechts entsprechende Anwendung auf jene Stellen finden müßten. Aus § 19 der VO. über Abrechnung auf dem Gebiete der Zwangsversteigerung vom 26. Mai 1933 (RGBl. I, S. 307) ergibt sich, daß grundsätzlich bei der Mobilienzwangsversteigerung ältere Rechte ohne Rücksicht auf den Rang der konkurrierenden Forderungen im Immobilienzwangsverfahren vorgehen. Die Pflanzung der vorabgetretenen Forderung war also nicht zulässig. Die Stadtgemeinde ist mithin verpflichtet, den Klägern die eingezogenen Beträge zurückzugewähren.

Wer hat Anspruch auf lebenslängliche Anstellung? Nicht selten kommt es vor, daß Arbeitnehmer gegen Unterbrechung der Beschäftigung klagen. Sie seien auf Lebenszeit angestellt worden; ihre Entlassung sei rechtswidrig. Mit solchen Forderungen hatten sich in letzter Zeit verschiedentlich Landesarbeitsgerichte zu beschäftigen. Das Landesarbeitsgericht in Rostock führte u. a. aus, werde eine Lebensstellung in Aussicht gestellt, so könne daraus noch nicht gefolgert werden, daß eine lebenslängliche Anstellung erfolgt sei; es müsse vielmehr eine ungewisse Erklärung des Arbeitgebers verlangt werden, daß er den Arbeitnehmer während seines ganzen Lebens anstellen werde. Eine solche Zusage sei nachweisbar im vorliegenden Falle nicht gegeben worden. Die Klage aus der Arbeitnehmersicht einen kostspieligen Umzug demütigend, haben, um die betreffende Stellung zu erlangen, so müsse gleichwohl dem Arbeitgeber das Recht zugebilligt werden, wenn später schwerwiegende Veränderungen in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten, dem Arbeitnehmer seine Stellung zu kündigen, welcher ein Opfer seiner Vertrauensseligkeit geworden sei; er müsse sich eine lebenslängliche Anstellung ungewiss zufließen lassen. (Mittteilungen: a. S. 33, 33.)

Grundsätze Reichsbanknoten zu 10 Mark ab 28. d. M. wertlos. Die Reichsbank weist daraufhin, daß am 28. d. M. die Einlösungssfrist für die ausgetauschten graublauen Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Ausgabedatum vom 1. Okt. 1924 abläuft. Vom 1. März ab sind diese Noten wertlos. Um nicht als betrügerisch Irrtümer zu klären, wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbanknoten zu 10 M. mit dem Ausgabedatum vom 22. Januar 1929 mit dem Bildnis Theaters (Farbe grünlich) nicht ausgetauscht sind und noch gültig bleiben. Ebenso gelten noch als Zahlungsmittel die Rentenbankcheine zu 10 Rentenmark mit grünem Farbton und dem Ausgabedatum vom 30. Juli 1925. Erwähnt sei gleichgültig, daß auch die Rentenbankcheine zu 5 Rentenmark mit dem Bildnis eines Mannes und dem Ausgabedatum vom 2. Jan. 1928 noch nicht ausgetauscht sind und im Verkehr noch unbedingt angenommen werden können.

Boraussetzungen für den Druckauftrag. Den Voraussetzungen für den Druckauftrag von Druckschriften mit beigefügten kleinen Marken gegen die geltende Gebühr entspricht es nicht, wenn die Muster der Druckschriften bei

Wir können wir erkennen, was wir dem Führer zu verdanken haben. Wir stehen in der Welt als ein Volk da, das wieder klar sein Ziel vor Augen sieht. Der Führer hat es verstanden, mit diesem Helden für das Volk zu arbeiten und mit einseitigem Willen das zu tun, was er im Interesse des Volkes für richtig hielt. Schritt für Schritt normierte, aber nie einen Schritt zurück. Unsere Autorität gründet sich darauf, daß wir den Weg, den wir gehen, immer planmäßig und bewußt gehen. Unsere Jugend wird in einem Staat der Kraft, der Ehre und der Treue groß werden. Wie einmal der nationalsozialistische Staat aussehen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Wir kennen auch nicht die Geheiß, die noch kommen werden, eines aber wissen wir, daß die Idee rein gehalten werden wird. Der Redner verstand es trefflich, die angesprochenen Fragen in vollständiger Art verständlich zu machen. Der Redner sprach die Rede brachte die SS-Kapelle feierlich gespielte Märsche zu Gehör; auch der Jungvolk-Gesang und Spielmannszug stamm 80/1 fanden mit ihren Darbietungen lebhaften Beifall.

Der Evangelische Männerverein Wiesbaden und der Evangelische Arbeiterverein Wiesbaden veranstalteten am Montagabend im Gemeinhaus der Bergkirchengemeinde unter Vorsitz von Vorort Dr. Bömel eine gemeinsame Versammlung. Verbandsleiter: Lauffer vom Landesverband Mittelrhein der Evang. Arbeitervereine Deutschlands sprach in längeren Ausführungen über die „Zweck und Ziele des evang. Männerwerkes“ und führte u. a. aus: „Sobald vom Reichsleiter die nötigen Anweisungen hinsichtlich herausgegeben sind, gibt es eine Menge Aufgaben, die zu leisten, die gleichzeitig dem Volksgenossen im neuen Staat zugute kommen soll, denn es geht um die Seele des Volkes. Ein großer Wert ist in kurzer Zeit schon erreicht worden, die Deutsche Arbeitsfront. Das evang. Männerwerk muß eine ganze Armee edler, religiöser, gesunder Männer in sich vereinen, ja, das ganze Deutschland muß von dieser Idee, die gleichzeitig die Idee des Führers ist, ergriffen werden. Mit Ernst Wortis Arbeitsfront muß es heißen: „Wer ist ein Mann? der seinen Mann, der vorwärts kann, der mitarbeiten kann.“ Im Vergleich mit den vergangenen Kriegsjahren ist jetzt wieder ein erfreuliches Aufblühen des religiösen Gedankens im ganzen Volk festzustellen. Außerdem hat schon der Gemeinschaftsgedanke im religiösen Leben Kraft betont und man darf sich im Christentum nicht als Einzelwesen fühlen, sondern muß die Worte und Gedanken in weite Kreise tragen. Adolf Hitler sagt selbst: „Ohne die Kräfte des Geistes ist der Aufbau unseres Volkes und Staates unmöglich.“ Der Glaube muß monatlich hineingetragen werden in unser Volk, die Bibel wieder ein Lebensbuch werden zur Erhaltung christlicher Sitten und Ordnung. Das evang. Männerwerk soll die geistigen Träger dieser Gedanken stellen zum Dienst am Volk und Vaterland unter dem Leitwort: „Wer mich liebt, der liebt mich.“ Mit einem warmen Appell zu tatkräftiger Mitarbeit schloß der Redner seine Darlegungen, für die ihm Vorort Dr. Bömel herzlich dankte.

In den Ruhestand versetzt. Der Vorsteher des hiesigen Hauptpostamts, Herr Postdirektor Kramer, tritt infolge Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze vom 1. März d. J. ab in den dauernden Ruhestand. Das Auscheiden dieses allseits beliebten Beamten aus seiner Dienststellung wird allgemein sehr bedauert.

Arbeitsgemeinschaft für Autobusfahrten. Die vier hiesigen in Wiesbaden nebeneinander wirkenden Autobusbetriebe: die Wiesbadener Autoerwerbsgesellschaft, Deutsche Reichspost, Autoverkehrsgesellschaft und Verein Wiesbadener Kraftfahrzeugbesitzer haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft für Autobusfahrten“ mit dem Zwecke der Regelung der Fahrten nach einem einheitlichen Programm zusammengeschlossen. Für die Folge werden die Fahrten in die Umgebung Wiesbadens nunmehr nach einem einheitlichen Programm von der Arbeitsgemeinschaft ausgeführt, ausgeschlossen hiervon bleiben die Dienst- und Kurfahrten der Deutschen Reichspost und der Wiesbadener Autoverkehrsgesellschaft. Der Geschäftssitz, der sich jetzt in der Wilhelmstraße (früheres Café) befindet, liegt in der Geschäftsleitung vor, der von einem Ausschuss von zwei Mitgliedern beauftragt wird.

Spende des „Sprudel“ für das Winterhilfswerk. Die Karnevalsgesellschaft „Sprudel“ hat aus ihren diesjährigen karnevalistischen Veranstaltungen der K. S. Wohlfahrtskassen den Betrag von 883 RM überreicht.

Verlängerung der Frist für die Einreichung von Anträgen auf Gewährung von Arbeitslosenstellen. Der Ausschuss für Arbeitsbeschaffung bei dem Rhein-Mainischen Industrie- und Handelsrat teilt mit: Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden hat im Anschluß an einen Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers verfügt, daß er an dem seinerzeit festgesetzten Termin (15. Februar 1934) für die Einreichung von Zulassungsanträgen grundsätzlich festhalten wolle. Jedoch sei er damit einverstanden, daß Anträge, deren Arbeiten nur wenige Zeit in Anspruch nehmen, sowie alle im Rahmen der Elektro-Gasfront durchgeführten Arbeiten genehmigt werden, noch bis zum 10. März 1934 angenommen werden können.

Die Neugestaltung für die Kirchenmusik ist nunmehr nach einer Verfügung der Reichsregierung durchgeführt. Im Auftrag des Reichsbischofs hat Professor Fritz Stein den organisierten Zusammenschluß aller in der Kirchenmusik tätigen Verbände einheitlich im „Reichsverband für evangelische Kirchenmusik“ gelöst. Der Reichsverband umfaßt im einzelnen den Verband evang. Kirchenmusik, bestehend aus den Berufskirchenmusikern und den Kirchenmusikern im Nebenamt, den Verband evang. Kirchenmusik und den Verband evang. Kirchenmusik. Der Reichsverband ist nunmehr durch eine Verfügung der Reichsregierung nunmehr allen noch nicht oder in anderen Verbänden organisierten Kirchenmusikern, Kirchenmusikern und Organisationsstellen nahegelegt, daß eine firmenähnliche Anerkennung für eine andere kirchenmusikalische Organisation in Zukunft nicht mehr in Frage kommt. Die berufene Stelle für kirchenmusikalische Fragen ist somit der Reichsverband für evangelische Kirchenmusik.

Neue Grundsätze für die Arbeitslosenversicherung. Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat letzten folgende neue Grundsätze für die Arbeitslosenversicherung aufgestellt: Befindet an einem Ort für ein Gewerbe die Lösung, daß die Lehre schon zu ihren beendet wird, auch wenn sie nach dem Lehrvertrag einige Tage länger dauern sollte, und wird der Lehrling dementsprechend im gegenständlichen Einvernehmen mit dem Lehrling, so ist auch die Befristung, selbst 12 Monate vor der Entlassung (III a Nr. 149/33), — hat ein Befristeter keine Arbeitsstelle aufzuweisen, um seiner vertraglichen Verpflichtung als Schüler

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Frankfurter Chronik.

— **Frankfurt a. M., 27. Febr.** Am Dienstagmorgen wurde im Hofraum der 49 Jahre alte Kranführer Heinrich Bauer von einem Kran 15 Meter in die Tiefe gesenkt. Er erlitt schwere Verletzungen, doch wurde dem Sturz der Tod eintrud. In der Kaiserstr. wurde am Dienstagmorgen nach 6 Uhr ein Mannhandwerker aus der Kölner Straße rücklings von einem Auto mit solcher Wucht angefahren, daß er mit schweren inneren Verletzungen und einem Bruch des rechten Oberarms in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Vor einigen Tagen konnten fünf Mitglieder einer siebenköpfigen gefährlichen Kallidantenteilschande festgenommen werden, während es zwei gelang zu fliehen. — Mehr ist ein fieses Mitglied, der aus Nürnberg kommende Georg Frank, in seiner Primarabteilung festgenommen worden. Er hat in Nürnberg ebenfalls zwei Einbrüche ausgeführt, wobei er 900 M. Bargeld und Stoffe für einen Herrenanzug erbeutete. Frank hatte in Nürnberg den Namen „Einbrecherkönig“. — Seit einiger Zeit trat in Frankfurt ein Fahrraddieb namens Wilhelm Otto auf, der bei seinen Taten unerschrocken die SA-Uniform trug. Otto konnte jetzt ermittelt und festgenommen werden. Bis jetzt konnten ihm 20 Diebstähle nachgewiesen werden. Er will die Diebstähle niemals in SA-Uniform ausgeführt haben, sondern nur die Verkleidung, um dabei sicherer zu gehen. Otto wurde dem Amtsgericht vorgeführt.

Konferenz der Präsidenten der deutschen Handwerks- und Gewerbetammer.

— **Kassel, 27. Febr.** Am Freitag, 2. März, 9 Uhr, findet im Schloß der Landesverwaltung in Kassel eine Konferenz der Präsidenten der deutschen Handwerks- und Gewerbetammer statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Bericht des Reichshandwerksführers über die handwerkspolitische Organisationsfrage, Durchführung des Führerprinzips, die Beziehungen zur Deutschen Arbeitsfront, zum Reichsverband und zur Reichsstatistik, sowie ein Bericht über die wichtigsten wirtschaftspolitischen Vorgänge auf dem Gebiet der Arbeiterschaft. Am Freitagnachmittag findet ein feierlicher Empfang des Reichshandwerksführers im Rathaus der Stadt Kassel im Beisein des Gewerkeleiters Staatsrat Wehrlich und des Oberpräsidenten Prinz Philipp von Hessen statt.

Vorfall beim Reinigen der Kleider mit Benzin.

— **Kad Krengach, 27. Febr.** Immer wieder muß zur größten Vorsicht beim Reinigen der Kleider mit Benzin gewarnt werden, wie das durch folgenden Vorfall wieder einmal bekräftigt wird. Ein 14-jähriger Junge hatte seine Kleider mit Benzin gereinigt. Als er kurz darauf in einem dunklen Raum etwas suchen wollte und zu diesem Zweck ein Streichholz anzündete, gingen sofort die noch mit Benzin getränkten Kleider Feuer. Einem Nachbar gelang es zwar bald, die Flammen zu erlöschen, doch hatte der Junge bereits furchtbare Brandwunden am ganzen Körper davongetragen. In lebensgefährlichem Zustand fand er Aufnahme im Krankenhaus.

Beim Abspringen vom fahrenden Zug tödlich verunglückt.

— **Kaiserslautern, 27. Febr.** Am Montagabend gegen 23 Uhr wurde im Bahnhof Hochspeyer die Leiche des verheirateten 50-jährigen Mechanikers Fritz Schramm aus Fischbach bei Hochspeyer aufgefunden. Beide Beine waren oberhalb des Knies abgefahren, der rechte Oberarm war verkrümmt. Es ist festzustellen, daß Schramm mit einem Zug von Kaiserslautern nach Hochspeyer gefahren ist. Ein Reisender hat beobachtet, daß Schramm, nachdem der Zug in Hochspeyer abgefahren war, aus dem fahrenden Zug sprang. Vermutlich hat er den Bahnhof Hochspeyer, wo er aussteigen wollte, verfehlt.

— **Frankfurt a. M., 27. Febr.** Im Regierungsbezirk Wiesbaden hat im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M. am 25. Januar bei 25 Angeklagten in der Sitzung vom 25. Januar bis 26. Februar d. J. 1934 in dem mit „Schlichte Entschuldigungsverfahren“ beantragt und eröffnet. In 109 Fällen ist die schlichte Entschuldigungsverfahren beantragt und eröffnet. In 68 Fällen ist die schlichte Entschuldigungsverfahren beantragt und eröffnet. In 68 Fällen ist die schlichte Entschuldigungsverfahren beantragt und eröffnet.

— **Wiesbaden, 27. Febr.** Vor kurzem fand hier eine Versammlung der Ortsbauernschaft statt. Nach Eröffnung durch den Ortsbauernführer Alf führte Dr. Kling einen Film „Kraft der Scholle“ vor. Über landwirtschaftliche Tagesfragen sprach Direktor Schmitt-Wiesbaden. Kreisbauernführer Faust verbreitete sich über Aufbau und Aufgaben des Reichsverbandes, was der Jungbauernführer Theo Schneider durch einen Vortrag über Wirtschaften ergänzte. — In der Generalversammlung der Feuerwehrgesellschaft wurde Kamerad Dampmann als Führer vorgeschlagen.

— **Wiesbaden, 27. Febr.** Als Nacharbeiten der Kanalarbeiten werden jetzt mitgegraben und Drainagearbeiten ausgeführt. Hierbei konnten sämtliche 25 Kanalarbeiter beschäftigt werden. Die Kosten belaufen sich auf 45 000 M., hierzu wurde ein Zuschuß von 8000 M. gewährt. — In der Generalversammlung der Feuerwehrgesellschaft wurde Schlichte als erster Führer und Karl Wllg als zweiter Führer vorgeschlagen. — In der Generalversammlung der Feuerwehrgesellschaft wurde Schlichte als erster Führer und Karl Wllg als zweiter Führer vorgeschlagen.

— **Wiesbaden a. M., 27. Febr.** In der Gemeinde-Kirchschule stellte sich Montagfrüh eine achtjährige Schülerin während der Pause an den Ofen. Möglicherweise fing die Kleider Feuer, und im Nu stand das Kind in Flammen. Wohl wurden ihm sofort von Lehrer Kuehmer die Kleider vom Leibe gestrichen, aber das Mädchen hatte doch schon daran schwere Brandwunden am ganzen Leibe erlitten, daß es in sehr bedenklichem Zustande in das Städtchenhaus geschafft werden mußte. Der Lehrer verzweifelte bei seinen Rettungsversuchen die rechte Hand erlöschend.

— **Mayen (Eifel), 27. Febr.** Ein großer Schadenfeuer legte in Lutzerath das gesamte Anwesen eines Landwirts in Schutt und Asche. Der Brand, der auf bis jetzt noch nicht geklärt Weise ausbrach, dehnte sich mit solcher Schnelligkeit aus, daß in kurzer Zeit Wohnhaus, Scheune und Stallungen sowie große Erbsen- und Futtervorräte in Rauch und Flammen wurden. Die stürzende Feuerwelle und die zur Hilfe erscheinenden Nachbarn konnten die vollständige Ausbreitung der Katastrophe nicht verhindern. Der große Schaden soll zum Teil durch Versicherung gedeckt sein.

— **M. Wiesbaden a. M., 27. Febr.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich unterhalb W. Der inmalige August Dames aus Siegen war als Zeitungsbote auf einem Befehl nach Eulendorf unterwegs und wurde, als er dabei



Bekanntmachungen.

Neuer Kurverein.

Nächste Arbeitstagung des Kurvereins, Donnerstag, den 1. März 1934, 8.30 Uhr, in der Wandelhalle des Paulinenschloßes. Im Mittelpunkt des Abends steht der Vortrag des Hg. Prof. Dr. Leiter des Landes-Vereinsverbandes Rhein-Main, Verhandlungen über Kaderpreise in Berlin. Erscheinen ist Pflicht.

Winterhilfswerk

Ortsgruppe Wehring.

Donnerstagsvormittag Ausgabe Buchstabe A-D. Ausgabe erfolgt von 9 bis 12 Uhr.

NSDAP. Ortsgruppe Waldstraße.

Am Samstag, 3. März, findet im Saalbau Schmiger wieder ein großer Bunter Abend statt.

den Bahndörper überschritt von einem aus Richtung Lu kommenden Personenzug überfahren und auf der Stelle getötet.

— **Montabaur (Weßerthal), 27. Febr.** Der Verein ehemaliger Schüler des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Montabaur hielt am 23. Februar d. J. seine Jahresversammlung im Gasthof Degen ab. Von dem Vorsitzenden Herrn J. G. Rint und dem Kassierer Herrn Josef Jung wurde über das Wirken des Vereins Bericht erstattet. Die Kasse wurde geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierbei wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Verein seit 1900 (dem letzten Studien-Gedenkfest) insgesamt rund 1200 M. für das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium und seine minderbemittelten Schüler gestiftet hat. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig mit der weiteren Führung des Vereins betraut. In Anbetracht der Vorbereitung und Durchführung des im kommenden Jahre wieder stattfindenden Studien-Gedenkfestes erklärte sich der Vorstand zur weiteren Führung des Vereins bereit.

— **Kassel, 27. Febr.** Mit der Führung der Brigade 47 (Kassel) ist mit Wirkung vom 1. März d. J. der bisherige Führer der Standarte 88 (Biedertopf), Obersturmbannführer R. B. er, beauftragt worden.

— **Bahnhof, 27. Febr.** Heute vormittag wurde auf dem Straßenübergang unmittelbar am hiesigen Bahnhof der als



Neue Hindenburg-Büste.

Die Holzbildhauerin Annie Hoesken-Hempel hat soeben eine überaus marante Porträt-Büste des Reichspräsidenten fertiggestellt.

Urteil im Graubünder Mordprozeß.

— **Graubünden, 27. Febr.** In dem Prozeß wegen der Ermordung der beiden Deutschen Krumm und Kiebold verurteilte der Kantonsrat am Dienstagabend das Urteil. Auf Grund des Artikels 340 des schweizerischen Strafgesetzbuches (Schlägerei mit schwerer Körperverletzung) wurden verurteilt: Ein Angeklagter zu drei Jahren, ein Angeklagter zu 2½ Jahren, vier Angeklagte zu zwei Jahren, ein Angeklagter zu 1½ Jahren, ein Angeklagter zu einem Jahr und zwei Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Sämtlichen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angerechnet. Vier Verurteilten wurde Strafausschlag auf fünf Jahre gewährt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Forderung der Hinterlassenen der Ermordeten auf formelle Anerkennung ihrer Schadenerschaftsprüfung wurde entgegengesetzt durch Bewilligung einer einmaligen Rente von 100 Flors bewilligt.

In der Urteilsbegründung wurde als Strafverschärfend die außerordentliche Rohheit bei der Ausführung der Tat hervorgehoben.

König Boris von Bulgarien in Koburg.

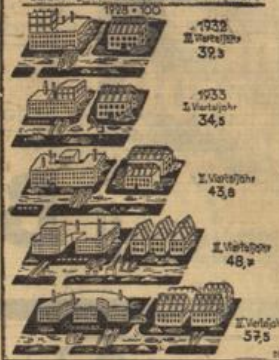
— **Koburg, 27. Febr.** König Boris von Bulgarien ist zum Besuch seines Vaters, des früheren Königs Ferdinand von Bulgarien, hier eingetroffen. Er nahm am Montag am Gottesdienst in der katholischen Kirche anlässlich des 75. Geburtstages des Königs Ferdinand teil.

Woldemar erneut verbannt.

— **Romano, 27. Febr.** Der frühere litauische Ministerpräsident Woldemar, der seit seiner Rückkehr aus dem Ausland im vergangenen Sommer sich ununterbrochen in Romano aufhielt, und in einem Hotel Aufenthalt genommen hatte, ist Dienstagmorgen auf Anordnung der Staatsicherheitspolizei nach seinem früheren Verbanntungs-ort Eidenau verbannt worden. Beamte der Staatsicherheitspolizei erschienen am frühen Morgen im Hotel und forderten Woldemar, aus Romano in ihrer Begleitung zu verlassen. In einem bereitgestellten Auto wurde Woldemar mit seiner Gattin abgeholt.

Erhöhte Bautätigkeit

Leistung der deutschen Bauwirtschaft



Der Umsatz im Baugewerbe um mehr als die Hälfte gestiegen.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung waren u. a. auch darauf bedacht, das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe wieder in Gang zu bringen. Gegenüber 1928 waren die Umsätze in der Bauwirtschaft zurzeit der Regierungsübernahme des Hilters auf den vierten Teil gesunken. Im vierten Vierteljahr 1933 war der Umsatz wieder mehr als doppelt so hoch. Ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung in vollem Umfange erfolgreich waren. Dabei sind die Mittel, die zur Belebung des Baugewerbes zur Verfügung gestellt wurden, noch lange nicht aufgebraucht. Es steht zu erwarten, daß mit Einsetzen des milderen Wetters eine weitere Belebung im Baugewerbe eintritt.

Schrankenwärter Dienst tuende Heinrich Mohr aus Bohlhons, als er mit der Reinigung des Bahnhofsgeräts beschäftigt war und dabei einem herannahenden Güterzug ausweichen wollte, von einer auf dem Nebengleis herankommenden und von ihm beim Betreten des Gleises nicht bemerkten Rangierabteilung überfahren und auf der Stelle getötet.

Wetterbericht.



Über Zentraluropa hat sich ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet entwickelt, das sich zurzeit noch in Verstärkung befindet. Während jedoch an seiner Westseite über ganz Westeuropa bis nach Spanien hinein und über den Rhein hinaus sich unter Schneefällen Kaltluftmassen auswirken, herrscht im Osten und Südosten verhältnismäßig warmes Wetter. Die Witterung bleibt bei uns vorerst unfeindlich und zu weiteren Niederschlägen geneigt.

Witterungsaussichten bis Donnerstagabend: Abnahme der Niederschläge und der Bewölkung, Temperaturen nahe bei Null, mäßige südwestliche Winde.

Ronnefeldts
ist und bleibt der Beste Tee

Niederlagen in allen Stadtteilen

Die heutige Ausgabe umfaßt 18 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Hauptverleger: Fritz Götter.
Stellvertreter des Hauptverlegers: Karl Heinz Kapp.
Verantwortlich für Inhalt, Redaktion und Druck: Fritz Götter; für den politischen Inhalt: Karl Heinz Kapp; für den wirtschaftlichen Inhalt: Dr. Heinrich Reichert; für den literarischen Inhalt: Dr. Heinrich Reichert; für den sportlichen Inhalt: Dr. Heinrich Reichert; für den künstlerischen Inhalt: Dr. Heinrich Reichert.
Druck: Druckerei des Wiesbadener Tagblattes.
K. Schellberg, 12, Hofstraße, Wiesbaden, Langgasse 12, Langgasse 12, Langgasse 12.
Verleger: Dr. Claus Schellberg und Verlegerin: Heinrich Schellberg.

Für die
neue Saison
sehr preiswert!

Flotte Kleider		
16.50	19.75	23.75
Moderne Pullover		
3.75	5.50	6.90
Schöne Blusen		
4.50	6.75	7.25

„Venus“-Damenwäsche		
Flor mit Bemberg, für den Übergang		
Hemd 2.25	Schlüpfer 1.95	Hemd hose 2.95
Eleg. Charmeuse-Röcke		
mit reicher Spitzengarnierung		
2.95	3.25	3.95
Neue Morgenröcke		
2.95	3.75	4.75 5.90

Neue Hemdenpopeline		
für die Eigenanfertigung		
1.00	1.25	1.50
Moderne Sporthemden		
eigene Herstellung		3.90
Krawatten-Neuheiten		
„Knitterfrei“		1.75
Reine Seide		1.25, 1.50

Beckhardt, Kaufmann & Co.

Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße.

197

ORES
Langgasse 34
Heute Abschiedsabend:
Kapelle Goldenes Mainz
Morgen Premiere:
8 Attraktionen
Eintritt frei!

Das Weingut **Leonhard Eser, Oestrich i. Rhg.** verk in Wiesbaden, Detheimer Straße 73, Part., seine eigene **naturreine Weine** Flasche zu **0.75–3.50**, Ltr.-Fl. **0.90–1.10**
Frei Haus. — 3 Beispiele:
32er Oestr. Kellerberg Flasche **0.90**
30er Oestr. Doosberg, Spätlese Flasche **1.20**
28er Oestr. Doosberg, Spätlese Flasche **1.20**

Das Schloß im Süden
Herrliche Lage
auch mit lebendem Inventar
zu vermieten
Alles Nähere erfahren Sie ab morgen im Film-Palast

Walhalla
Heute Mittwoch
Großer Abschieds-Abend
der beliebten Kapelle
ROBERT KRUGER,
gen. **Mister Meschugge**
Ab Donnerstag
Das Niederlausitzer Jäger-Corps
Sommer-sprossen
werden, wenn alles versagte, durch „Venus“
Stärke B besiegt 1.60, 2.75. Gegen Pickel, Miteser Stärke A — Ärtlich empfohlen. Laufen Sie nicht länger so häßlich herum.
Drogerie Siebert, Marktstraße 9; F11
Christ. Tauber, Ecke Moritz- und Adelheidstr.

Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft
Montag, den 5. März, 20 Uhr Kasino (Friedrichstr.)
Kammermusikabend
mit historischen Instrumenten.
Mitwirkende: A. Boehm, Cello (Staatstheater), Franz Danneberg (Kurhaus), Elisabeth Guntzel, Cembalo, Hede v. Koester, Sopran, M. Pascha, Violine und J. Welmer, Viola d'amore (beide v. Staatstheater).
Eintrittskarten zum Preise von 2 Mk., 1 Mk. und 0.60 Mk.
Erwerbslose und Schüler 0.30 Mk. F462
Vorverkauf bei Venn, v. Koester, Stöppler, E. Schellenberg.

Ab Donnerstag, den 1. März
Bockbierfest
im **Friedrichshof**
Friedrichstraße 43
Im Ausschank:
Babator-Bräu
ca. 19% Stammwürze.
Freundl. ladet ein **Carl Detzel.**

KURHAUS

Donnerstag, d. 1. März 1934, 20 Uhr im großen Saal

Marcel Wittrisch

singt Arien und Lieder

von Schubert, Schumann, Strauß, Mozart, Puccini, Bizet u. Giordano

Am Flügel: Paul Belker, Essen

Eintrittspreise: 1.-, 1.50, 2.-, 2.50, 3.-

CAFÉ EUROPA
Heute Mittwoch nachmittags und abends
Ehren- und Abschieds-Tag
für die beliebte, charmante Sängerin
DITA DREESEN
mit auserwähltem u. Wunsch-Programm der
Kapelle MAXIMILIAN WAGEMANN

Film-Palast
Heute letzter Tag
Der Film, von dem man in Wiesbaden spricht
Renate Müller
Hermann Thimig
in **Viktor u. Viktoria**

Großer Schuh-Verkauf
Besuchen Sie uns am Lager. Sie finden auch das von Ihnen gewünschte und für Sie passende sehr günstig.
Schuhhaus **Drachmann**
Neugasse 22
Besuchskarten
L. Schellberg'sche Schuhfabrik
Wiesbadener Tagblatt

La Ringofensteine
Sofort lieferbar, offeriert F462
Berlinsperre der Ziegelwerke Lannus u. Weiterwald
G. m. b. H., Rimbürg, Lehn.

Rochbrunnen-Konzerte.

Donnerstag, den 1. März 1934, 11 Uhr:

Früh-Konzert

am Rochbrunnen, ausgeführt von dem Rädtischen Auktionsleiter, Leit.: Konzertmeister Rudolf Schöne

1. Ouvertüre comique von Kéler-Bala.
2. Bauern-Polka von Joh. Strauß.
3. Fantasia aus der Oper „Der Postillon von Longjumeau“ von A. Adam.
4. Mein Traum, Walzer von E. Waldteufel.
5. Polonaise aus der Operette „Der Mikado“ von A. Sullivan.

Rurhaus-Konzerte.

Donnerstag, den 1. März 1934, 16 Uhr:

Konzert.

Leitung: Paul Belker, Essen.

1. Ouvertüre zu „Figaros Hochzeit“ von Mozart.
2. Kleine Nachtmusik von Mozart.
3. Ouvertüre „Das Nachtlager in Granada“ von Kreutzer.
4. Des Prälobes, antonische Dichtung von Rist.
5. Wiener Blut, Walzer von Joh. Strauß.
6. Polonaise, A-dur von Chopin.

Eintrittspreis 0.75 RT.
Dauer- und Auktionskarten gültig.
20 Uhr im großen Saal
Marcel Wittrisch
singt Arien und Lieder von Schubert, Schumann, Strauß, Mozart, Puccini, Bizet und Giordano.
Am Flügel: Paul Belker, Essen.
(Näheres in besonderem Handprogramm.)
Eintrittspreise 1, 1.50, 2, 2.50 und 3 RT.

Refaktur
an hiesigen Tagbl. u. Berlins. Schalterhalle rechts.

Geschäfts-Übernahme

Allen meinen werten Bekannten und Nachbarn zur gef. Kenntnis, daß ich ab 1. März 1934 den

Damen- und Herren-Salon

Bismarckring 7

des Herrn A. Classen übernehmen werde u. bitte, das ihm geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.
ANTON BARTH • Wiesbaden Bismarckring 7

Elektrische Geräte

repariert

Ing. Hans Keller
Luisenstraße 14–16.

Brennholz

Schneiden mit feinstem Banblage.
Bestellungen bei H. Nemes,
Höckerstraße 4, Telefon 27760

sucht Verh. mit
Firma, Ang. u.
W. 435 Tagbl.-V.

NECETIN

nacht alle Kleider neu! Belegt und
unvergleichlich — in Progenen 74–4

Anzeigen

in einer weitverbreiteten u. angesehenen Zeitung sind das billigste, beste u. erfolgreichste Werbemittel.

Wiesbadener Tagblatt
2. Schellberg'sche
Sofortdruckerei.

„wie die Brille hilft bei schlechtem Sehen“
„helfe der Chasalla Schuh bei schlechtem Gehen“
mk 12.50
Der feigerechte elegante Schuh
Chasalla
Deutsche Wertarbeit
Glarms
Langgasse 50, Ecke Webergasse.

Die Maffia.

(Von unserem Pariser Berichterstatter.)

Paris, Ende Februar 1934.

Das Kabinett Doumergue hat eine Erbschaft angetreten, deren Schwere mit der seines anderen französischen Kabinetts seit dem Krieg verglichen werden kann. Denn alle Ministerien, die ihm vorangingen, selbst das Krisenministerium der Nationalen Union, das Voincato im Jahre 1926 bildete, hatten mit sichtbaren Gegnern zu kämpfen. Sie mußten das Budget und die Staatskasse — von jeder kritischen Punkte in der Erbmasse der Kartellregierungen — in Ordnung bringen, sie mußten die im Grunde vorgezeichnete Linie der französischen Außenpolitik seit Versailles weiter verfolgen und sie mußten sich die Unterstützung der Kammern und namentlich der Deputiertenkammer sichern, was jeweils für den Anfang nicht schwierig war, da die Kabinette der Nationalen Union in Frankreich stets dann zustande kamen, wenn der Zustand der Verwaltung und Innenpolitik keine andere Lösung mehr übrig ließ. Das Kabinett Doumergue hat sich bereits in den letzten Tagen mit diesen lästigen Aufgaben auseinandergesetzt, und es ist ihm angesichts eines Parlaments, das schon um seine Lebensberechtigung kämpft, durchaus nicht schwer gefallen, die nötigen Maßnahmen zu finden. Aber ein gefährlicherer, nämlich ein unheilbarer Gegner wartet auf die Auseinandersetzungen mit dem Kabinett der Nationalen Union: jene, durch die zahlreichen Korruptionsfälle der letzten Monate, deren schlimmster mit dem Namen des Millionenbetrügers Stavisky verbunden ist, kompromittierten Kreise, die man bis heute noch nicht kennt, aber deren Macht sehr reichlich muß.

Die geheimnisvolle Ermordung des Gerichtsrates Prince läßt plötzlich die ganzen Vorgänge der letzten Wochen seit dem Revolveranschlag von Chamoin in anderem, neuartigem und wahrscheinlichem Zusammenhang erscheinen. Schon damals hat es nicht wenige Leute in Frankreich gegeben, die darauf schworen, daß Stavisky sich nicht selbst ermordet habe, sondern erschossen worden sei. Das Wort „juicide“, das „sich ermorden“ bedeutet, wurde eine Zeitlang in französischen Zeitungen als „Transitium“ gebraucht, und man sagte nicht „Stavisky a été juicide“ (Stavisky hat sich selbst ermordet), sondern „Stavisky a été juicide“ (Stavisky ist „selbstermordet“ worden). Andere, die nicht soweit gehen wollten, erklärten, daß möglicherweise Stavisky selbst den tödlichen Schuß auf sich abgegeben habe, daß aber die Polizei, indem sie erst nach zwei Stunden einen Akt zu dem Sterbenden ließ, das ihrige getan habe, damit der Unglückliche auch würdevoll sterbe. Stavisky hätte, wenn er tatsächlich gefangen genommen und vor Gericht gestellt worden wäre, genug ausgepaßt und eine ganze Reihe von Leuten, die sich jetzt in Frankreich nach der Freiheit erstreuen, in den Skandal hineingezogen. Sicherlich hatten also viele Menschen ein Interesse daran, daß der Millionenbetrüger an der Aussage verhindert werde.

Aber Stavisky war nicht der einzige, der sprechen konnte. Auch unter den hohen Richtern gab es und gibt es Leute, die viel über die Zusammenhänge des Stavisky-Falles und andere Korruptionsfälle wissen. Einer von ihnen war der jetzt ermordete Gerichtsrat Prince, der bereits vor mehreren Jahren in anderer amtlicher Eigenschaft das „Dossier Stavisky“ — denn ein solches bestand seit einem Jahrzehnt, es wurde nur auf bisher noch unaufgeklärte Einflüsse von oben hin immer wieder zugezwungen — zu bearbeiten hatte. Prince war nach den Aussagen vertrauensverdienender Leute ein ehrlicher, gewissenhafter Beamter, der nie etwas Unrechtes tat, in geordneten Verhältnissen lebte und es mit seinem Amtseinkommen sehr genau nahm. Er hatte den Auftrag, in wenigen Tagen vor der parlamentarischen Untersuchungskommission Aussagen über den Fall Stavisky zu machen, die möglicherweise sensationell gewirkt hätten. Wie sein Sohn nach der Ermordung erklärt hat, äußerte sich der Vater mehrfach im Familien-

kreis darüber, daß durch seine Aussagen nicht nur zahlreiche Parlamentarier, sondern auch höhere Minister belastet werden würden. Warum habe der Vater freiwillig auch in diesem privaten Kreise nie gesagt, daß er offenbar befürchtete, durch irgendeine Insubordination würden diese Dinge, für die er selber mit seiner Aussage vor dem Untersuchungs-ausschuß offiziell einstehen wollte, vorher auf anderen Wegen in die Öffentlichkeit dringen. Man weiß, was mit Prince geschehen ist: Durch ein fingiertes Telefongespräch wurde er von Paris nach Dijon gelockt, da angeblich seine Mutter, die er öfters in Dijon aufsuchte, dort plötzlich schwer erkrankt sei. An der Bahn in Dijon wurde er von einem unbekannten Manne empfangen, der sich als Beauftragter des Hauses ausgab. Er sandte kurz darauf seiner Frau ein Telegramm, in dem er mitteilte, daß er sich in die Klinik begeben werde, was dann mit ihm geschah, weiß man nicht. Er wurde am Abend auf den Eisenbahnschienen tot aufgefunden, und man entdeckte, daß der Körper an die Schienen angebunden war. Sein Geld trug er bei sich, aber seine Altklampe, in der sich nach der Meinung seines Sohnes die Notizen befanden, welche ihm für den Bericht vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß als Unterlagen dienen sollten, war leer.

Sieht man die Ermordung des Gerichtsrates im gleichen Zusammenhang wie den rätselhaften Tod Staviskys, so muß man an das Walten einer unbekannten Macht glauben, die selbst vor der Opferung von Menschenleben nicht zurückschreckt. Man wird sogar angelehnt der Vermutungen der französischen Polizei, den Morbital Prince auszuweisen, einermöglichen mitschuldig, denn vier Tage nach dem geheimnisvollen Wort wurde man immer noch nicht, wer der Täter war und welche Kreise hinter ihm standen. Die Untersuchung ist bisher noch keinen Schritt weiter gediehen, und

es sieht so aus, als ob es ohnehin verögert würde — von den gleichen Elementen, denen Stavisky und neuerdings der Richter zum Opfer fielen. Man hat sogar auf alle mögliche Weise versucht, den Morbital Prince zu bagatelisieren. Man hat aus einer Fieberdose, die man in der Tasche des Opfers fand und die sich als Geburtstagsgeschenk seiner Tochter herausstellte — er pflegte den Kafferpuder darin aufzubewahren und steckte die Dose vor der Abreise schnell in seine Rocktasche, weil er den Koffer bis zum Abgang des Zuges nicht rasch genug fertigpacken konnte — auf ein Diebesabenteuer schließen wollen. Ein anderes Abenteuermotiv, das ungefähr zu der gleichen Zeit verfaßt wurde, besteht darin, daß man Stavisky auf den Spionagedenkmalen einer auswärtigen Macht hinfällt, um dadurch den Blick von der innerfranzösischen Korruptionsaffäre abzulenken.

Dem Beobachter der französischen Entwicklung stellt sich angesichts dieser Tatsachen die Frage, ob die Regierung Doumergue stark und mutig genug sein wird, diesen Sammel von Korruption und Verbrechen zum Grund auf auszurollen. Wird es ihr gelingen, in diese dunkle Angelegenheit Licht zu bringen und die Drahtzieher dieser vertriebenen Verbrechen zu fassen? Gewiß sprechen selbst Minister des Kabinetts, wie Sarraut, offen davon, daß es sich bei diesen Vorgängen um die Taten einer Maffia handle, die der Staat mit Stumpf und Stiel vernichten müsse. Aber es ist sehr die Frage, ob die Untersuchung nicht ergibt, daß die Schuldigen so hoch stehen, daß ihre Aufdeckung erneut das eben mühsam getretene parlamentarische System gefährden würde. Wird man dennoch hart und rücksichtslos genug sein, allen politischen Ermögungen zum Trotz durchzugreifen? So gesehen hat der Morbital Prince ein hochpolitisches Gesicht, und von seiner Untersuchung hängt viel für die Zukunft des französischen Staatswesens ab.

Professor Grimm über antideutsche Propaganda.

Zum Jahrestag des Reichstagsbrandes.

In diesen Tagen, in denen ein Jahr seit der Brandstiftung im Reichstag verlossen ist, verdient ein Buch des Vertreters von Lorger, des Rechtsanwaltes Dr. S. d. S., besondere Beachtung. (Der Reichstagsbrand-Prozess, Wilhelm-Berlin, Berlin). Das Buch enthält ein bemerkenswertes Wortwort von Dr. Grimm, der sich als Berichtiger im Ruhrkampf verdient gemacht hat und der sich über die antideutsche Propaganda als einer der besten Sachkenner äußert.

Die internationale antideutsche Propaganda, deren Gegenstand der Reichstagsbrand-Prozess geworden war, wuchs sich zu einem Ständel aus. Neben dem eigentlichen Prozess entwickelte sich immer mehr eine internationale politische Auseinandersetzung, der das neue Deutschland nicht auswich.

Es ist und bleibt ein Rätsel, warum ein Teil der Auslandspresse die von deutschen Ministern jederzeit auf Verlangen gegebene Aufklärung ihren Lesern vorenthielt. Gewisse Zeitungen wagten sogar, ihre Verdrängungen aufrechtzuerhalten. Um so erfreulicher wirkt die Tatsache, daß im Laufe des Prozesses die ersten und führenden Blätter des Auslandes der Wahrheit die Ehre gaben, von der These der Emigrantenpresse abhingen und den Boden für eine sachliche und wahrheitsgemäße Aufstellung des Tatbestandes ebneten.

Einen Fortschritt bedeutet es jedenfalls, daß die Auslandspreise den offenen Appell, den Reichsminister Dr. Goebbels am Schluß seiner Rede vor dem Reichstagsgericht an die Weltpresse richtete, fast überall wörtlich abdruckte.

Mit diesem Appell hat der Reichsminister Dr. Goebbels nicht nur die Meinung der Reichsregierung, sondern die Empfindungen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, besonders derjenigen Kreise in Deutschland, die am meisten zu internationaler Zusammenarbeit auf dem Boden des Rechts und der Verständigung bereit sind und es aufs tiefste bedauern, daß der Geist, der im Kriege und in Ver-

fallies ein großes, ehrliches Volk diskriminierte, auch jetzt wieder die große nationale Bewegung in Deutschland zu diskriminieren sucht, zu der sich heute das ganze deutsche Volk bekennt.

Man hat den Appell des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels im Ausland verschiedentlich, aber die praktischen Auswirkungen dieses Appells sind leider noch gering.

Als der Reichliche Ministerpräsident Hermann Göring in überzeugender Form das „Groteske“, ja „Arfminne“ der Rüge des „Braunbuchs“ gebrandmarkt hatte, da war die Auslandspreise vielfach auf den Ton abgestimmt, daß die Zeugnisaussage Görings die „Darstellung des Braunbuchs nicht widerlegt“ habe. Auch der ruhige Deutsche, der sich bemüht, für die Deutungsart des Auslandes Verständnis zu haben, konnte sich eines Gefühls der Enttäuschung nicht erwehren, wenn er das Auslandscho überließ, das schließlich selbst die minutiöse Überlegung des „Braunbuchs“ durch Dr. Goebbels und die überzeugende Klarlegung der Frage des „cui bono“ gefunden hatte, wenn er las, daß auch die Aussage von Minister Dr. Goebbels nichts Neues gebracht habe. Nichts Neues? Es blieb also bei der Rüge des „Braunbuchs“, so grotesk diese Rüge auch sein mochte, so sehr sie auch für jeden redlich denkenden Menschen durch diesen Prozess in aller Gründlichkeit widerlegt war.

Die Mahnung, ja die Auflage, die in dem Appell des Reichsministers Dr. Goebbels lag, ist bislang noch nicht verstanden worden. Die Erkenntnis aber wird kommen: Die Wahrheit liegt bei uns.

Neuschnee im Taunus.

— Vom Feldberg, 27. Febr. Bei vier Grad Räfte und leichten Winden hat es Dienstagvormittag und -nachmittag im Taunus geschneit. Bis jetzt liegt eine Neuschneedecke von etwa 6 bis 8 Zentimeter Höhe auf den Bergen. Der Schnee ist gut und pulverförmig. Sportmöglichkeiten sind etwas vorhanden. In den Wäldern des Gebirges liegt der Schnee allerdings noch etwas höher, da hier noch reichlich Nadeln vorhanden ist, der aber starke Spuren von Verharzung zeigt.

Wenn Stoffe sprechen könnten:

Wir sind reizvolle modische Gewebe, lauter sorgfältig ausgewählte Muster u. Qualitäten.

Wir sind in einer geschmackvollen Auswahl in Wolle u. Seide u. Kunstseide versammelt.

Wir sind als erste Vorboten des Frühjahrs bereit Sie zu schmücken.

Wir sind sehr, sehr billig!

Aber kauft uns bei

Neue Kleider-Karos
in rot, blau und grünen Farbstellungen . . . Mtr. 1.88

88

Papillon - Schotten
reine Wolle, in vielen neuartigen Mustern . . . Mtr.

1.95

Crêpe long
130 cm brt., reine Wolle, das modische Gewebe . . Mtr.

3.40

Sportmantelstoffe
in leinenartigem Charakter, 140 cm brt. . . Mtr. 2.75

2.25

Mantelstoffe
für den Übergang, auch für Jackenkleider geeignet, 140 cm brt. . . Mtr. 4.90

4.25

Marocain - Druck
neue Windstoßmstr., Kunstseide, 95 cm brt. . Mtr. 2.45

1.98

Matkreppe-Druck
Kunstseide, 4 neuen Tupfen- und Blattmuster, 95 cm brt., Mtr. 3.80, 3.55

2.95

Ottoman-Druck
d. neue Kunstseidegewebe, aparte Musterung, 95 cm brt.

3.40

WOLLE

WIESBADEN KIRCHGASSE 62.

Aus den Gerichtssälen.

Noch einmal Handwerks-Prozess.

Das Todesurteil gegen Reitinger bestätigt.

Frankfurt a. M., 27. Febr. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf am Dienstag die Revision im Strafverfahren gegen den Kohlenhändler Reitinger aus Frankfurt a. M., der vom Frankfurter Schwurgericht am 5. Okt. v. J. wegen Mordes an dem SA-Mann Hans Handwerf, sowie schweren Landfriedensbruchs und Mordversuchs in drei Fällen zum Tode, außerdem Ehrenrechtsverlust und 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Das Verfahren geht auf die aus Anlaß des Wahlkampfes im Sommer 1933 von kommunistischen Elementen hervorgerufenen Straßenkrawalle zurück, bei denen nach der bekannten Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ in der Minderheit befindliche Nationalsozialisten planmäßig überfallen wurden. Am 24. Juni war durch Schüsse aus der Menge der SA-Mann Weissenborn an der Hand verletzt und der infolge seiner schweren Kleidung verächtlich für einen SA-Mann gehaltenen Kommunisten Kaufha durch einen Brust- und Armschuß niedergestreckt worden. Am 4. Juli kam es dann am Eingang zum Städtelhof zu dem feigen Feuerüberfall auf die aus einer nationalsozialistischen Versammlung heimkehrenden Brüder Handwerf, von denen der eine getötet und der zweite verletzt wurde. Als Schüsse konnte in allen Fällen der damals 19-jährige Reitinger ermittelt werden, der als Mitglied der KPD, bald nach dem Verbot, d. h. einer der berüchtigten Terroristen-Kampfleitenden, die, geleitet durch den roten Wolf, Gewalttätigkeiten zu begehen hatten.

Erstes Entmannungsurteil in Frankfurt a. M.

Drei weitere Anträge wurden abgelehnt.

Frankfurt a. M., 27. Febr. Vor der Großen Strafkammer fand Dienstag Termin in vier Fällen an, in denen die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Entmannung gestellt hatte. Nur in einem Fall wurde die Entmannung ausgesprochen, in den übrigen Fällen erfolgte Ablehnung des gestellten Antrags. Das Sondergericht zur Entmannung der Sexualverbrecher hatte bis jetzt in Frankfurt noch keine Anwendung gefunden, doch hat die Staatsanwaltschaft bereits in verschiedenen Fällen diesbezügliche Anträge gestellt.

Die erste Verhandlung richtete sich gegen den aus Leipzig gebürtigen 37-jährigen Diener Waldert Bodstein, der vor einiger Zeit wegen Stillschleppersverbrechens zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Er ist Trainer beim kommunistischen Roten Sportbund gewesen und hatte sich an Ruben im schulpflichtigen Alter vergangen. Auf Grund des Gutachtens des ärztlichen Sachverständigen war hier die Voraussetzung für eine Kastration gegeben, gegen die der Angeklagte übrigens keine Einwände erhob. Das Gericht beschloß die Entmannung, da der Angeklagte eine Gefahr für die Mitwelt bilde.

Der nächste Fall betraf einen 55-jährigen Angeklagten, der wegen einer Reihe unzüchtiger Handlungen bestraft worden war. Es handelt sich um einen früh gealterten Mann, der gut für 50 Jahre gehalten werden kann. Der Fall lag dar, daß selbst der Staatsanwalt Bedenken trug, auf seinen Antrag zu bestehen. Das Gericht entschied, daß die Entmannung zu unterbleiben hat.

Im dritten Fall handelte es sich um einen jungen Menschen, der 1927 in Ulm in sechs Fällen unzüchtige Handlungen an Knaben unter 14 Jahren vornahm, was ihm eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren eintrug. Im Sommer 1932 beging er die gleiche Handlung an drei Knaben. Er wurde erneut zu anderthalbjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Der Angeklagte ist ein unterentwickelter Mensch mit infantilen und teilweise femininen Zügen. Es handelt sich um eine Erkrankung, die dem epistypischen Charakterismus unähnlich ist, um eine abnorme, aber nicht geistig, sondern moralisch nicht fortgeschrittenen, kann er nicht die nötigen Hemmungen gegen sein Triebleben aufbringen. Durch seine Entmannung würde eine Herabsetzung des Trieblesbens eintreten und der Motor der Sexualität bei ihm abgestellt werden. Aber eine andere Frage sei es, so meinte der Sachverständige, ob der Angeklagte zu einem gefühlvollen Neutrum werde, was keineswegs immer zutreffend sei. Durch die Entmannung könne die Gefahr des Rückfalls verringert werden, eine Verstärkung seiner Hinnahme zu Knaben sei nicht zu erwarten. Das Gericht lehnte die Entmannung ab, und zwar mit Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten und da es fraglich sei, ob hier die Entmannung das richtige Mittel wäre.

Ein in den 50er Jahren lebender verheirateter Beamter war wegen Zuchthaus zu 13 Monaten Zuchthaus verurteilt worden, weil er sich an seiner Ehegattin vergangen hatte. Von ihm wurde ein erfreuliches Charakterbild gegeben und der Arzt hat den Eindruck, daß die Möglichkeit eines Rückfalls gering ist. Es bestünde kein Grund zur Annahme, daß der Angeklagte dauernd verbrecherische Neigungen besitzt, er sei vielmehr als Opfer der Gelegenheitsanregungen, eine Entmannung sei nicht erforderlich. Das Gericht lehnte aus hier den gestellten Antrag ab, da es sich nicht überzeugen konnte, daß der Angeklagte ein gefährlicher Stillschleppersverbrecher sei und die öffentliche Sicherheit eine Entmannung notwendig mache. Die Tat des Angeklagten sei mehr auf die besonderen Umstände als auf einen Hang zurückzuführen.

Ein Fall vor dem Wiesbadener Gericht.

Wiesbaden, 27. Febr. Die Große Strafkammer hatte sich erstmalig mit der Frage der Entmannung gemäß des Gesetzes vom 13. November 1933 zu beschäftigen. Vor längerer Zeit hatte sich der 52-jährige Julius D. aus Oberreifenberg in zwei Anklagen wegen Stillschleppersverbrechens in drei Fällen vor dem Strafgericht zu verantworten. D. hatte sich an Knaben unter 14 Jahren vergangen und hierfür eine Gefängnisstrafe von einem Jahr erhalten. Die Anklage der Staatsanwaltschaft bei der Bürgermeisterei und dem Gefängnisarzt, ob der Angeklagte nach seiner Entlassung eine neue Gefährdung für seine Umgebung sei, wurde bejaht. Hierfür stellte die Staatsanwaltschaft nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung der Akten den Antrag, in einem besonderen Verfahren, auf Entmannung zu erkennen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte, aus der Haft vorgeführt, ist seit 1929 vollständig erblindet und macht aus körperlich einen vollständig gebrochenen Eindruck. Der Gefängnisarzt, zu dem Antrag gehört, hält seinen Antrag nicht mehr aufrecht, auch der Bürgermeister äußerte sich günstig für den Angeklagten. Nach dem sachverständigen Urteil wurde, bei dem Gefängnisarztstand des D., der außerdem einen schweren Herzfehler hat, eine Operation eine Gefahr bedeuten. Der Staatsanwalt zog nach dieser Beweisaufnahme seinen Antrag zurück, das Gericht erkannte demgemäß. Es liegen, so hieß es in der Urteilsbegründung, im übrigen nicht die Voraussetzungen vor, daß es sich bei dem Angeklagten um einen gemeingefährlichen Stillschleppersverbrecher handelt. D. wurde, da seine Freiheitsstrafe verfließen ist, sofort in Freiheit gesetzt.

* Aus Not mit dem Straßengeheiß in Konflikt geraten. Ein erschütterndes Bild über die durch Krankheit und Arbeitslosigkeit gestützten Familienverhältnisse eines in äußerster Not geratenen kleinen kaufmännischen Beamten entrollte sich vor der zweiten Großen Strafkammer. Hier arbeitete der 40-jährige, seit langem schwerkranker Mann eine kranke Tochter, hatte ein schwer unterkrochener 64-jähriger Bruder, der mit seinem kleinen Gehalt zu zurecht kommen mußte. Die Not trieb den Angeklagten dazu, im Hause der Zeit Darlehen in Höhe von 1000 Mark aufzunehmen. In neunzehn Fällen wurde ihm deshalb Darlehensschwindel und Unterschlagung zum Vorwurf gemacht. Die Verhandlung, die die Klage des Beamten beleuchtete, ergab, daß er in 17 Fällen der Anklage über Darlehensschwindel das Geld zurückgezahlt hatte. Keiner der Zeugen zu diesem Untergang eines Schicksals und von 50 Mark Mangelgeldern wurde der Angeklagte zur Vermeidung der Strafe von einem Jahr Zuchthaus und zu 120 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte ihm die Selbstmordtötung eines Gnadengeldes in Aussicht.

* Justizhaus für verurteilten Landesverrat. Das Kasseler Oberlandesgericht verurteilte den 37-jährigen Postkoffer Max Kahl aus Frankfurt a. M. wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Fremdenlegation hatte den Eintritt Kahls abgelehnt und ihm bedeutet, daß man für ihn als Postkoffer in Deutschland größtes Interesse habe.

* Güte für den schweren Raubüberfall in Altfeld. Die Große Strafkammer in Limburg verurteilte die Meister Henkel und Krug zu je vier Jahren Gefängnis, den Meister Krug zu je sechs Jahren Zuchthaus, und den Meister Altfeld zu fünf Jahren Zuchthaus wegen des schweren Raubüberfalls, den die drei

erwähnten Angeklagten im April 1933 im Hause des Landwirts Mändel in Altfeld verübt hatten. Bei dem mit aller Sorgfalt vorbereiteten, von dem Angeklagten Altfeld angeführten Überfall wurde der 60-jährige Landwirt, der auf ein Grundstück hin aus dem Schlaf erwachte und der Ursache nachgehen wollte, von den Angeklagten Krug und Altfeld niedergebunden, gefesselt und geteufelt und dann beraubt. Da es sich mit Ausnahme des Meisters Henkel, der vom Frühjahr 1932 bis April 1933 bei dem Landwirt Mändel beschäftigt war, dann aber wegen Lohnunterschieden seine Dienststelle aufgab, hierauf in Köln in einer Herberge für holländische Meister die gewöhnliche Bekanntheit des Altfeld machte, und der vom Gericht als Verführer angesehen wurde, um alsbald verbrecherische Elemente heranzuziehen, für die allerdings die gefänglichen Bestimmungen zur Verhängung der Sicherungsverwahrung noch nicht Anwendung finden konnten, ahndete das Gericht entsprechend der Schwere der Tat diese mit empfindlichen, aber durchaus gerechten hohen Strafen. Den beiden Angeklagten Krug und Altfeld wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

* Gefängnisstrafen für unmenhliche Eltern. Ein Ehepaar aus Dillendorf (Hunsrück) hatte sich vor dem Schöffengericht in Kreuznach wegen schwerer Kindesmißhandlung zu verantworten. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Vater und Mutter ihre Tochter und ihren Sohn in unmenhlicher Art dauernd mißhandelten. Sie benutzten Viehhäute, Senen, Peitschen und Besen, womit sie auf die Kinder einschlugen und ihnen so gesundheitliche Schäden befügten. Das Gericht verurteilte das Ehepaar zu je vier Monaten Gefängnis.

* Ein gefährlicher kommunistischer Funktionär verurteilt. In einer gangbaren Verhandlung verurteilte das Kasseler Oberlandesgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat den 40-jährigen Dreher Franz Diebel zu 2½ Jahren Zuchthaus, und den 37-jährigen Feiler Wilhelm Jiers zu 1½ Jahren Zuchthaus. Wegen Beteiligung erhielt die Ehefrau Sophie Diebel sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagten kamen aus Frankfurt und wurden am 1. November 1933 festgenommen. Hiermit war der Polizei ein guter Gang gelungen, denn Diebel war einer der gefährlichsten und aktivsten Funktionäre der KPD, der es lange Zeit verstand, heimlich zu arbeiten und der Polizei immer wieder zu entkommen. Schon kurz nach dem Kriege wirkte er bei kommunistischen Aufstandsvorbereitungen mit, arbeitete später an kommunistischen Zeitschriften und war Mitglied des Rotfrontkämpferbundes. Im April 1933 schloß ihn die KPD nach Saarbrücken als Mitglied der Emigrantenkommission. Nach einem kurzen Zwischenstopp in Frankfurt im August wurde er nach Bad Kreuznach geschickt, um dort die hochgegangene Bezirksleitung wieder aufzubauen. Er ging mit solcher Vorhut und Geschicklichkeit zu Werke, daß man ein ähnlich vorzügliches Verfahren in Frankfurt als „Liebel“ bezeichnete. Während dieser letzten Zeit war Jiers der dauernde Helfershelfer. Nach der Organisationsarbeit in Kreuznach lehrte Diebel wieder nach Frankfurt zurück, wo er oft bei der KPD übernachtete. Vergeblich suchte ihn hier die Polizei, bis er durch das auffällige Gebahren eines Kindes auf dem Dach entdeckt und verhaftet werden konnte. Hauptquartier kam Jiers in die Wohnung mit einem gefährlichen Paß für Diebel und mit zwei Briefstücken, die er aus Kreuznach mitgebracht hatte. So war dieses gefährliche Klebblatt unschädlich gemacht.

* Kommunische Ortsgruppenleiter verurteilt. Bis in den Oktober 1933 waren der 37-jährige Schmied Karl Gilbert und der 37-jährige Arbeiter Peter Kell, beide aus Hettenshausen (Kreis Fulda), für die KPD tätig. Sie sind alte Kommunisten und Ortsgruppenleiter der KPD. Im Auftrag der Frankfurter Bezirksleitung vertrieben sie Beitragsmarken. Gilbert erhielt vom Kasseler Strafsenat wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und Kell 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

* Todesurteil gegen Kindesmörderin rechtskräftig. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die von der 21-jährigen Hausangestellten Margarete Groß gegen das Urteil des Schwurgerichts Königsberg i. Pr. vom 26. Dezember 1933 eingelegte Revision als unbegründet. Damit ist die Angeklagte wegen Mordes rechtskräftig zum Tode unter Absterben der Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Sie hatte am 8. September v. J. ihr zweites uneheliches Kind zwei Wochen nach der Geburt in einem Sumpf ertränkt und drei Tage später ihre Verlobung gelöst.



Zur französischen Frühjahrsoffensive gegen die Berber.

Typische Landschaft am Fuße des Atlasgebirges.

Unten links: Französische Fremdenlegionäre in einem der gegen die Berber vorgeschobenen Wästenforts.

Stellen-
Angebote

Widw. Person

— Hauspersonal

Guthe eine

Haushälterin

von 40—50 J.

Widw.,

Waldstraße 162.

Mittelmädchen

mit gut. Zeug-

nissen, selbst in

Kochen u. jeder

Hausarbeit, 1. März ab, in

gekauft Kapellen-

straße 76.

Tüchtige

Landeserl.

Widw.

für Selbst-

ständigkeits-

Widw. in

Waldstr. 162.

Hausmädchen

deutsch,

Waldstr. 162.

2. Kinderbe-

sonne, 1. März

ab, in ge-

kauft Kapellen-

straße 76.

Tüchtige

Landeserl.

Widw.

für Selbst-

ständigkeits-

Widw. in

Waldstr. 162.

Stellen-

Angebote

Widw. Person

— Hauspersonal

Guthe eine

Haushälterin

von 40—50 J.

Widw.,

Waldstraße 162.

Mittelmädchen

mit gut. Zeug-

nissen, selbst in

Kochen u. jeder

Hausarbeit, 1. März ab, in

gekauft Kapellen-

straße 76.

Tüchtige

Landeserl.

Widw.

für Selbst-

ständigkeits-

Widw. in

Waldstr. 162.

Hausmädchen

deutsch,

Waldstr. 162.

2. Kinderbe-

sonne, 1. März

ab, in ge-

kauft Kapellen-

straße 76.

Tüchtige

Landeserl.

Widw.

für Selbst-

Suchen Sie eine
Wohnung?
Dann
Berthold Jacoby

Nachf. Robert Ulrich

G. m. b. H.

Hauptbüro: Tannustraße 9.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Tele-Sam.-Nr. 594 46 u. 238 80.

Neubau-2- u. 3-Zim.-Wohn.

mit Heizung und Warmwasser, sofort zu vermieten.

Beifügung durch Häcker, Wietelheimer Straße 16,

Sollfeld, Wietelheimer Straße 16, Sockel.

Wietelheimer Straße 10. 1935. unter Telefon 60214.

Herrschaf. 4-Zimmer-Wohn.

am Eingang des Hotels, in umgebautem und

an hergerichtetem Hause, Tannustraße 72, preis-

wert zu vermieten. Die Wohnungen besitzen

getrennte Eingänge, Zentr.-Heizung, neuen Eichen-

Warmwassererwärmung usw. Näheres durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Telefon 26656.

Für Arzt

Tannustraße 63 (fr. Augenklinik) Pagenstecher

im Parterre ein Wartezimmer, ein Sprechzimmer;

im 3. Stock (Aufzug) durch Umbau neu ge-

schaffte 5-Zim.-Wohn. mit all. Komfort

billig z. 1.4. 1934 od. spät. zu vermieten durch

Immobilien-Verkehrs-Gesellschaft

Wilhelmstr. 9, Ecke Bismarckplatz. Tel. 26550

2- u. 3-Zim.-Wohn.

mit Balkon, kompl. Bad, Südseite

zum 1. 4. zu vermieten. Festm.

RM. 65.—. 78.—. Bes. 2-4 Uhr

Adelheidstr. 13. Näh. Part.

Emser Straße 44, 1

1. Etage 4- und 5-Zimmer-Wohnung

zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Telefon 26656.

Schöne 4-Zim.-Wohn.

mit Zentr.-Heizung, freie Lage.

Am Kaiser-Friedrich-Platz 6, 2

zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Tel. 26656.

4-Zimmer-Wohnung

Rathenstraße 8, 2

zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Tel. 26656.

4-Zimmer-Wohnung

Matthiasstraße 12, 2

zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Tel. 26656.

Villa, Kapellenstraße 39

4-Zimmer-Wohnung, vollst.

abgehandelt, neu herger.

mit kompl. Bad, Etagenheizung

und allem Zubehör

1-Zimmer-Wohnung mit Küche

in Frontlage

2-Zimmer-Wohnung mit Küche

in Unterflur, alle Haus-

mittel modern

ab 1. April 1934 preiswert zu

vermieten. Näheres durch

Wietelheimer Straße 16. Tel. 26647.

Leisingstraße 7

herrschaf. 5-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör, Zentralheizung

zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Tel. 26656.

Schöne 5-Zim.-Wohn.

Ecke Tannus-

straße

preiswert zu vermieten durch

Kaiser-Friedrich-Platz 3. Tel. 26656.

In unserem Hause Klarenhof

Straße 2 ist eine 5-Zimmer-Wohnung

nebst Zubehör sofort oder später

zu verm. Näheres Evangelische

Kirchenstelle, Kienstraße 54.

Sehr möbl. Zim.

zu verm. kleine

Wohnung 7, 2

Sehr schönes

sonniges möbl.

mit Zentralheiz.

u. fließ. Wasser.

2 Min. u. Kur-

haus u. Theater

sehen, auch an

Bestand preis-

wert zu verm.

Abz. zu erst. im

Tagbl.-B. Vt

Dauerheim

in gutem Hause

von 100.— an.

Roemerstraße 4.

Mietgehe

Reichsbank

lucht 2-3-Zim.-

Wohn. mit Bad

und Küche, 100

60-80 RM. Ang.

z. 1. 4. 1934

2-3-Zim.-Wohn.

u. Zubehör von

1. April 1934

an. Preis u. 3. 449

an Tagbl.-Berl.

Ben. hdb. Beamter

lucht für

1. Etage, in

Ein- u. Zwei-

zimmer, 1. Etage

mit Bad, 1. 4.

1

Untersuchungen im Stavisky-Standal.

In Paris.

Die Abkündigung des Generalstaatsanwalts Freillard bestätigt. Paris, 28. Febr. Der für Dienstagabend plötzlich angekündigte Ministerrat dauerte eine Stunde.

Die ausgegebene Verlautbarung besagt, daß Justizminister Chéron den Bericht des Präsidenten des Kalkulationshofes bekanntgegeben habe, der eine Untersuchung über die Verschleppung der Aburteilung der Stavisky-Prozesse angeordnet hat. Aus diesem Bericht ergab sich eine beruhigende Feststellung des Generalstaatsanwalts im Seine-Departement Freillard. Der Justizminister habe daraufhin die von der Regierung darüber vorgenommene Vernehmung Freillards vom Generalstaatsanwalt zum Rat am Kalkulationshof rückgängig gemacht, die Abkündigung Freillards als Generalstaatsanwalt aber bekräftigt. Auf diesen Vorschlag wurde der Pariser Staatsanwalt Comien berufen.

Der „Einzug“ der Stavisky-Akten in die Kammer.

Paris, 27. Febr. Die französische Kammer als am Montag einer Mitternachtssitzung am Umzugstermin. Ganze Pakete mit Aktenbündeln wurden angeliefert. Die großen Räume des Untersuchungsausschusses konnten nicht mehr das Material fassen. Der Menge entsprechend war auch die Hitze. Gleich beim ersten Griff fürchten die Mitglieder des Ausschusses, die dem Ausschuss Büro angehören und die Akten sortieren, mehrere hundert Schweißschritte zutage, die neben der Kleinigkeit von 25 000 Franken über Summen bis zu 200 Millionen Franken lauten. Die Anführer dieser Zusammenstellungen Stavisky waren Abgeordnete, Journalisten, Bankdirektoren und Mittelpersonen, deren Tätigkeit sich hauptsächlich darauf beschränkte, die gefälligen Fonds der Bankruhr Kreditkraft an den Mann zu bringen.

Neue Namen im Stavisky-Standal.

Paris, 27. Febr. Wie die Pariser Morgenpresse meldet, soll auch der Schriftsteller Joseph Kessel im Stavisky-Standal verwickelt sein und zwar soll er 70 000 Franken bezogen haben. „Petit Parisien“ berichtet, daß Suzanne Lum, eine Verwandte des Sozialistenführers Leon Blum, von Stavisky mit einem Schatz über 10 000 Franken bedacht worden ist.

„Le Jour“ und andere rechtsstehende Blätter behaupten, die erste Sitzung des Stavisky-Ausschusses habe u. a. ergeben, daß die früheren Minister de Monzie und Hees gewisse „Schritte“ in der Angelegenheit unternommen hätten. Weiter verlautet man, die Namen von 29 Abgeordneten festzustellen, die nach den Wahlen von 1928 von Stavisky begünstigt worden seien.

Auf Veranlassung des Justizministers sind zwei weitere gerichtliche Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Fall Stavisky eingeleitet worden, und zwar gegen zwei direkte Mitarbeiter Staviskys Romagnolo und Depardon, die eine bedeutende Summe von Stavisky erhalten haben. Die Anfrage lautet auf Betrug und Diebstahl.

Amerikanische Verkehrsflugzeuge im Flugdienst der Lufthansa.

Ein Anlauf zu Vergleichswerten.

Berlin, 27. Febr. Wie Reichsluftfahrtminister Göring kürzlich in einer stark beachteten Unterredung einem ausländischen Journalisten gegenüber erklärte, sind im Zuge der Entwicklung und Beschaffung weiterer effektiver Fluggeräte für die Deutsche Luftfahrt auch einige Verkehrsflugzeuge in den Vereinigten Staaten von der Deutschen Lufthansa angekauft worden. Nachdem bekannt wurde, daß das amerikanische Verkehrsflugzeug Boeing 247 auf den transatlantischen Strecken in den Vereinigten Staaten in größerer Anzahl zum Einsatz gelangt ist, entschloß sich die Lufthansa, drei Flugzeuge dieses Modells von der United Aircraft Export Inc. zu erwerben. Das mit zwei Motoren von je 550 PS ausgerüstete Verkehrsflugzeug ist ein freitragender Tiefdecker in leichter Metallkonstruktion. Die Kabine hat Raum für zehn Fluggäste. Das Flugzeug erreicht bei einem Flugbereich von rund 1000 Kilometern eine Reisegeschwindigkeit von 275 Kilometern in der Stunde. Der Ankauf der ausländischen Flugzeuge für den deutschen Luftverkehr ist hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, das in Deutschland verwendete Luftfahrzeug mit einem der besten in USA gebauten Flugzeuge in der Praxis vergleichen zu können.

In Bayonne.

Bericht des Direktors der Versicherungsgesellschaft „La Confiance“.

Paris, 27. Febr. In Bayonne hat der Untersuchungsrichter den Direktor der Versicherungsgesellschaft „La Confiance“ Guébin eingehend verhört, vor allem über die Begleitumstände der Unterbringung von Kasseguttscheinen des Bankruhr Reichthums. Guébin erklärte, er habe die Summe der von dem Reichthum ausgehenden Kasseguttscheine nicht nachprüfen gehabt, denn das wäre die Aufgabe der Behörden gewesen. Er selbst habe sich stets über die materielle Richtigkeit der Ausstellungsformalitäten der von ihm übernommenen Geschäftsbüro veranlassen lassen. Guébin erklärte, er habe die Kasseguttscheine nicht in seiner Eigenschaft als Direktor der Versicherungsgesellschaft „La Confiance“ untergebracht, sondern in seiner Eigenschaft als gleichzeitiger Direktor der „Confiance Financière“, die eine Gesellschaft zur Verwaltung von Wertpapieren sei. Aber die drei ihm übergebenen Stavisky-Schecks sagte Guébin, wie schon bei der ersten Vernehmung, daß es sich in zwei Fällen um Kasseguttscheine von Auslagen gehandelt habe, die er für Stavisky vorgeschossen habe, und in einem Fall um die Begleichung eines Wertpapiers. Guébin erklärte, er habe die Kasseguttscheine nicht in seiner Eigenschaft als Direktor der Versicherungsgesellschaft „La Confiance“ untergebracht, sondern in seiner Eigenschaft als gleichzeitiger Direktor der „Confiance Financière“, die eine Gesellschaft zur Verwaltung von Wertpapieren sei. Aber die drei ihm übergebenen Stavisky-Schecks sagte Guébin, wie schon bei der ersten Vernehmung, daß es sich in zwei Fällen um Kasseguttscheine von Auslagen gehandelt habe, die er für Stavisky vorgeschossen habe, und in einem Fall um die Begleichung eines Wertpapiers.

Landwirtschaftsminister Queuille lehnt gerichtliche Verurteilung ab.

Paris, 27. Febr. Der Untersuchungsrichter von Bayonne hatte den Landwirtschaftsminister Queuille zur Vernehmung vorgeladen, weil er von dem im Stavisky-Standal angeklagten Chefredakteur der Zeitschrift „Le Petit Océan“ beschuldigt worden ist, eine vom Staat abhängige landwirtschaftliche Kreditanstalt zugunsten des Anlaufs von Kasseguttscheinen des Bankruhr Reichthums beeinflusst zu haben. Die Kreditanstalt hat jedoch keine Fonds getauft, und der Landwirtschaftsminister hat die gegen den vorgedachten Beschuldigten bereits in einer Verlautbarung widerlegt. Auf die Verurteilung des Bankruhr Reichthums antwortete Queuille, daß er ohne einen entsprechenden Gesetzeserlaß der Verurteilung nicht nachkommen könne.

Bonnaure vor dem Untersuchungsrichter.

Paris, 27. Febr. Der tabakische Abgeordnete Bonnaure, der sich in Haft befindet, erklärte vor dem Untersuchungsrichter in Bayonne, er habe in Budapest den Handelsattaché der französischen Botschaft über die Verwicklung Staviskys unterrichtet, vor allem darüber, daß dieser die Gläubigeranträge der ungarischen Opanten antaushalten wolle. Im übrigen erklärte Bonnaure, die ihm von Stavisky ausgezahlten Summen seien normale Rechtsanwalts-honorare gewesen.

Tragischer Tod eines jungen Deutschen.

Wegen eines deutschen Liebes erloschen.

Kigs, 27. Febr. Vor den Augen zahlreicher Zuschauer entstand am Montagmorgen auf der Straße zwischen einigen Schülern ein Handgemisch, der 18-jährige deutsche Schüler Kurt Kelling wurde umringt. Als er sich zu befreien suchte, fiel ihm ein eiserner schraubiger Schüler einen Dolch in die Brust. Der schwerverletzte Kelling starb in der Nacht zum Dienstag.

Nach der Darstellung der Eltern des ermordeten Schülers befand sich dieser auf dem Wege zu einer Wäscherei und summierte leise ein deutsches Lied vor sich hin. Daraufhin wurde er von leuchtenden Schülern angehalten, worauf es dann zu dem tragischen Vorfall kam.

Wieder planmäßiges Eintreffen der Südamerikafahrt. Am Dienstag traf planmäßig die am Freitag, 23. Febr., von Südamerika abgegangene Luftpost über die Atlantik-Luftpost-Strecke der Deutschen Lufthansa in Deutschland ein. Dieser in der planmäßigen Reisezeit durchgeführte Vorkflug verdient besondere Beachtung, da die Witterungs- und Wetterverhältnisse auf der Strecke sehr ungünstig waren. An der Durchführung dieses Fluges beteiligten sich wieder die gleichen Flugzeuge und Besatzungen der Deutschen Lufthansa und der brasilianischen Luftverkehrsgesellschaft Sombrio Condor Ltd.

33 neue Reichsbahnlokomotiven. Am bei den Lokomotivbauanstalten ersinkende Arbeitslücken zu schließen und dadurch Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden, hat sich die Deutsche Reichsbahn entschlossen, weitere 33 Dampflokomotiven, davon 28 Schnellzuglokomotiven und

25 Tenderlokomotiven, im Betrage von etwa 8,5 Millionen Mark in Auftrag zu geben. Die Beschaffungstellen sind bereits beauftragt worden, die Verhandlungen mit den Lokomotivbauanstalten anzuknüpfen.

Germanischer Goldfund bei Rottbus. Bei Grabungsarbeiten vor dem Tore der Stadt Rottbus fand ein Arbeiter fünf Armringe aus massivem Gold im Gesamtgewicht von 856 Gramm. Das Schmuckstück des Fundes, ein sogenannter Schlangenspinnarmring, dürfte aus dem südlichen Schweden stammen. Man vermutet, daß die Ringe rund 1600 Jahre alt sind. Der Goldfund wurde durch den staatlichen Vertrauensmann für kulturgeschichtliche Bodenfunde in der Provinz Brandenburg, Professor Dr. Unverzagt, sichergestellt und dem Rottbus Museum für Vor- und Frühgeschichte zu Berlin erworben.

Selbstmord eines Bürgermeisters. Der Bürgermeister von Bülow (Pommern), Dr. Kaasch, wurde am Montag von Seiten eines Badedienstes des Gillingers tot aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß Dr. Kaasch seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hatte. Der Renobler lag noch auf seiner Brust. Dr. Kaasch hat übrigens in einem Brief an einen städtischen Polizeibeamten geäußert, er werde am Gillingen zu finden sein, falls er von seinem Vermögenspapiergeschäft nicht zurückkehren werde. Dr. Kaasch war in Bülow seit 1928 im Amt.

40 Stüd Groepich verbrannt. Auf einem großen Bauernhof in Damptrup (Schleswig-Holstein) brach am Montag Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete und den Viehstall sowie das Wohngebäude in Asche legte. Zwei Pferde, 40 Stüd Groepich und eine Anzahl Schweine kamen in den Flammen um.

Eine Straße durch den Mont Blanc geplant. Die „Agence Economique et Financière“ weiß zu berichten, daß ein französisch-italienisches Konsortium dem Minister für öffentliche Arbeiten, Mandin, einen Plan für den Bau eines Straßentunnels durch den Mont Blanc überreicht habe. Mandin soll diesen Plan an das Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Prüfung weitergegeben haben.

Schneesturm am Nordostküste Englands. Heute eine Gebietsteile erleben am Dienstag schwere Schneefälle. In Hull sollen mehr als eine Million Tonnen Schnee gefallen sein. 600 Telefonkabel wurden abgerissen. In der Nordostküste Englands herrscht ein starker Schneesturm mit einer Windstärke von 100 Kilometern in der Stunde. Im Hafen von Scarborough wurden Schiffe von ihrer Verankerung losgerissen. In Bridlington schlug ein großer Kugelhahn ins Wasser. Darauf folgte ein heftiger Donnersturm und ein schwerer Hagelsturm.

Zusammenstoß in Odra. In Odra gab es am Sonntag Zusammenstoß. Anhänger des Abbe Lambert, der im Gemeinderat mit seinen Gegnern dort aneinander geraten war, demonstrierten und forderten den Austritt des Gemeinderates. Gendarmen mußte wiederholt eingreifen, um die Kämpfer zu trennen. 150 Personen wurden verletzt und die meisten von ihnen im Schnellverkehr zu 8 bis 14 Tagen Haft verurteilt.

Die Rettungsmaßnahmen für die Tiefseeforschung. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, nehmen die Vorbereitungen zur Rettung der Tiefseeforschung ihren Fortgang. Der Dampfer „Stalingrad“ ist vor kurzem in Petropavlovsk auf Kamtschatka eingetroffen und hat Flugzeuge, Brennstoff, Ersatzteile und Radiozubehör an Bord genommen. Die „Stalingrad“ wird, sobald es die Witterungs- und Eisverhältnisse zulassen, weiter nach Norden vorzudringen versuchen. In Vladivostok nimmt der Dampfer „Smolensk“ Kohle und Fracht an Bord. „Smolensk“ soll nicht, wie früher angedacht, dort, sondern je nach dem freien Schiffsraum auf die zehn Flugzeuge an Bord nehmen. Der dem Eislager am nächsten liegende Helfenpunkt, das Damskaps, wird durch Hundeschiffen mit Brennstoff für die Flugzeuge versorgt.

20 Chinesen hingerichtet. Nach einer Meldung aus Peking ist in der Nähe des Sungari-Flusses worden dort 20 Chinesen öffentlich wegen Verräterei der mandschurischen Postanstalt öffentlich hingerichtet.

Japanisches Bombenflugzeug abgefeuert. Bei Tokio wurde am Dienstag ein japanisches Bombenflugzeug abgefeuert. Alle drei Insassen fanden dabei den Tod.

Meteorologische Beobachtungen in Wiesbaden

(Station beim Wald, Nordostwindrichtung, Schattenschatten)				
	27. Februar 1934	7 Uhr 27	12 Uhr 27	19 Uhr 27
		max.	min.	abends
Luftdruck	auf 0 und Normaldruck	756.4	756.3	756.4
Lufttemperatur (Celsius)		-0.3	+6.7	-0.3
Relative Feuchtigkeit (Prozent)		92	82	94
Windrichtung		SW	NRD	W
Windgeschwindigkeit (Kilometer)		1.5	2.5	—
Wetter		bedeckt	wolfig	bedeckt
Sichtweite Temperatur 2.0				
Sonnenleuchtdauer vom — bis —, Regen —, Hagel —, Schnee —, Wind —				

Erprobtes Rezept

(Einlaßung, 4 Personen.)

Zutaten: 1-1½ Liter Fleischbrühe aus 1 Kilo 1/2 Fleischbrühe, 1 kg. 1/2 Fleisch, 1/2 Zelle Wasser, 1/2 Liter, etwas Salz, etwas Pfeffer, Salz, eine Prise geriebene Muskatnuss, einige Tropfen Maggi & Worcestersauce.

Zubereitung: Fleisch, Öl, Pfeffer und Salz zerhacken; man zu einem dünnen Teig und 1/2 Liter unter Umrühren in die heiße Fleischbrühe tauchen. Nach kurzem Durchdrehen richtet man die Suppe über die zerhackte Pfeffernuss an und schmeckt mit einer Prise Muskatnuss ab.

Vorzügliche Fleischbrüh-Suppen
bereitet man schnell und billig aus

MAGG'S Fleischbrüh-Würfel
3 Stück 10 Pfg.

Belanntmachung

bezt. Verunreinigung der Straßen.

Die Untugend, Papierfetzen wie Einwickelpapier, Streifenbahnstücke, Zigaretten, Löffelchen, Ölfässer usw. auf der Straße wegzulassen, hat in letzter Zeit überhand genommen. Besonders in der Nähe von Straßenbahnhaltestellen und Rubenbänken in den Anlagen und Alleen der Stadt ist die Verunreinigung der Straßen durch das Wegwerfen von Papierfetzen, Löffelchen, Ölfässern und anderen Gegenständen eine erhebliche Gefahr für die Fußgänger. Es ist schon wiederholt vorgeschrieben, daß dadurch Verurteilungen zu Geldstrafen und teilweise erheblichen Bußen genommen werden. Es wird daher an die Einwohner Wiesbadens die dringende Mahnung gerichtet, keinerlei Abfälle, gleich welcher Art, auf die Straße und auf den Gehsteigen zu werfen. Zuwiderhandlungen werden im Rahmen der Strafrechtsvorschriften mit rechtlichen Sanktionen bestraft werden.

Die Polizeiverwaltung.

Garantiert reinen

Bienen-Blüten-Schleuderhonig

Ein hervorragendes Gesundheitsmittel durch seinen Gehalt an Vitaminen und Nährsalzen. Feinste aromatische Qualität 1-Pfd.-Glas 1.20 M. ohne Glas. Bei 5 Pfd. 2.10 M. - 8% Rabatt.

Drogerie Tauber
Ecke Moritz- u. Adelheidstr., 31.

la Obstbaum-Carbolinum
(Avenarius) kg RM. 0.90
Verdünnung: 1 Teil und 9 Teile Wasser = 10% Lösung
FARBEN-RÖRIG
Marktstr. 6, Telefon 22500

Öfen - Herde Gasherde
Zubehörteile - Reparaturen
Jacob Post
Hochstättenstraße 2
Altneu. Fachgeschäft

Theodor Werner
zeigt in der Auslage
eine **Brautaussteuer**

R. O.

Weitere folgen.

Frankfurter Auerbergergericht eröffnet.

Eine Ansprache des Oberlandesgerichtspräsidenten Stadelmann.

Frankfurt a. M., 27. Febr. In dem mit den Fahnen der nationalen Erhebung geschmückten Sitzungssaal des Auerbergergerichts unter Vorsitz des Amtsgerichtspräsidenten Dr. Klobbe, Anwesend waren Oberlandesgerichtspräsident Stadelmann, Generalstaatsanwalt Dr. Wiedemann, Landgerichtspräsident Dr. Bape und Amtsgerichtspräsident Dr. Klobbe. Als Vertreter des jur. Zeit in Berlin weilenden Bundesbauernführers Wagner war Staatsleiter Schönheit erschienen, ferner Kreisbauernführer Kühn.

Oberlandesgerichtspräsident Stadelmann eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er zunächst die Bedeutung und den Zweck des Reichserbhofgesetzes schilderte und dann weiter ausführte: „Sie ist an einen Richter eine schmerzliche Aufgabe herangetragen, als heute an die Errichtung der Erbhöfe. Ihre Tätigkeit ist wesentlich eine aufbauende Arbeit. Sie legen mit Ihrer Arbeit den Grund für die gesamte bäuerliche Gestaltung unserer engsten Heimat. — Sie ist auch ein Richter, der nicht am grünen Tisch auszuhandeln, sondern Sie sollen es auch nicht am grünen Tisch auszuhandeln. Das Gesetz ist zwar in Paragraphen eingeteilt, aber es wird nicht nach Paragraphen gehandelt, sondern es gibt im wesentlichen nur grundsätzliche Richtlinien. Es darf daher von Ihnen auch nicht im Paragraphengeist angewandt werden. Das Gesetz enthält in seinem Paragraphen 56 ausdrücklich die Auslegungsvorschrift, daß wenn bei Anwendung des Gesetzes Zweifel entstehen, der Richter so zu entscheiden hat, wie es dem in der Einleitung des Gesetzes dargelegten Zweck des Gesetzes entspricht. — Die Verhältnisse in unserer heimlichen Heimat sind besonders schwierig. Während in vier Fünfteln des übrigen Deutschlands die Auerberghöfe in der einen oder anderen Form rechtlich oder durch tatsächliche Übung fortgeführt hat, ist bei uns die Teilungseinführung vielmehr Teilungsmittel herbeigeführt worden. Die Teilung entspricht nicht dem deutschen Rechtsgefühl. Sie kann nicht auf dem französischen Recht und greift von diesem her auch auf unsere deutschen Rechtsgefühle an. Ihre besondere Pflicht ist es, mit aller Festigkeit das Gesetz zur Durchführung zu bringen und dem alten deutschen Rechtsgefühle auch in unserer Heimat wieder zum Siege zu verhelfen. — Bei Ihrer Arbeit steht das Gesetz die Mitwirkung des Landesbauernführers und des Kreisbauernführers vor. Urteilen Sie mit ihnen stets in kameradschaftlicher Weise zusammen, wie es unter Nationalsozialisten selbstverständlich ist, die alle nur ein Ziel kennen: das deutsche Volk! — Seien Sie sich der Wichtigkeit Ihrer Aufgabe für die Entwicklung

des deutschen Bauerntums stets bewußt. Seien Sie eingedenk, daß Sie an Ihrer Stelle als Richter die Pflicht haben, dem Willen unseres Führers durchzuführen, wie er im Gesetz zum Ausdruck gekommen ist. In diesem Geist gehen Sie nun an Ihre Arbeit. Heil Hitler!“

Im Anschluß hieran unterließ Staatsleiter Schönheit die Worte des Oberlandesgerichtspräsidenten und betonte, daß das Gericht so handeln werde, wie es dem Geiste des Gesetzes und nicht nur der letteren Paragraphen entspricht. Es sei dem deutschen Volk zu sprechen auf der Grundlage von Volk, Ehre und Blut zum Besten des Bauerntums und damit des gesamten Volkes.

Amtsgerichtspräsident Dr. Klobbe dankte den Erschienenen und führte aus, daß das Gericht im Geiste Hitlers an seine Aufgabe herangehen werde und bei der Lösung des Bauerntums an sich über die einzelnen Interessen stellen werde, da damit im Gedanken an das große Ganze dem einzelnen am besten gedient sei. Er eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung der Teilnehmer. Mit einem Gruß an den Richter schloß Oberlandesgerichtspräsident Stadelmann die Eröffnungsfeier, die bei allen Beteiligten durch ihre Sachlichkeit und Einfachheit tiefen Eindruck hinterließ.

Das Reichserbhofgericht in Berlin.

In nächster Zeit wird das Reichserbhofgericht seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen. Das Gericht befindet sich in letzter Instanz Reichsämtern gegen die Beschlüsse des Erbhofgerichts in Celle. Vorsitzender des Reichserbhofgerichts ist Reichsminister Darré. Schon die ersten Entscheidungen des Gerichts dürften von grundlegender Bedeutung für das gesamte deutsche Erbhofrecht sein.

Bereitstellung von Lehrstellen

für die Eltern schulentlassener Mädchen.

Frankfurt a. M., 27. Febr. Am 22. Februar 1934 fand beim Landesarbeitsamt eine Sitzung mit den Vertreterinnen der Frauenverbände der Provinz sowie der Beratung über die Unterbringung der Eltern 1934 zur Schulentlassung kommenden Mädchen in Haus- und Landwirtschaft statt. Die Vertreterinnen der Frauenverbände übernahmen die Aufgabe, im Kreise ihrer Mitglieder auf das nachdrücklichste für die Bereitstellung von Lehr- und Anstellstellen im Haushalt zu werden, um dem Wunsch der Regierung entsprechend, eine möglichst große Zahl von Mädchen zur Ausbildung in der Haus- und Landwirtschaft unterzubringen. Zu erwarten steht, daß es gelingen wird, eine ansehnliche Zahl solcher Stellen ausfindig zu machen. Insbesondere wird es voraussichtlich möglich sein, in Zusammenarbeit mit Landesbauernschaft und Landfrauenchaft eine beträchtliche Zahl

von Mädchen der ländlichen Hauswirtschaft zuzuführen. Es wurde festgestellt, daß die Zahl der Anwärterinnen, die eine solche Ausbildung antreiben, eine sehr erhebliche ist und entsprechend der Bedarf an Anstellstellen. Außerdem soll an die größeren Städteverwaltungen mit der Bitte herangetragen werden, für diejenigen schulentlassenen Mädchen, die keine Tagelohnausstellung ausfindig machen können, einjährige oder zweijährige Ausbildung in der Landwirtschaft zu ermöglichen, die nach der Bedürfnisse der Familie, nur ein geringes oder gar kein Entgelt erhalten werden soll. In gemeinsamen Vorarbeiten aller Stellen dürfte es gelingen, den jugendlichen Mädchen die dringend notwendige hauswirtschaftliche Schulung zuteil werden zu lassen. Die Arbeitsämter nehmen jeder Art Anmeldungen von Stellen entgegen.

Neue Prüfungsverordnung für Kreisärzte.

Der preussische Innenminister hat eine neue Prüfungsverordnung für Kreisärzte erlassen, die am 1. April in Kraft tritt. Die Prüfung wird, wie das RD 3. März den neuen Bestimmungen entspricht, von dem Prüfungsausschuss der Kreisärzte im Landesgesundheitsrat in Berlin abgelegt. Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung ist, daß der Bewerber nach Erlangung der Approbation als Arzt eine mindestens dreijährige Beschäftigung in der ärztlichen Praxis nachgewiesen hat. Dem Zulassungsgesuch ist u. a. auch ein Nachweis beizufügen, daß der Bewerber einen abgeschlossenen Lehrgang an der Staatsmedizinischen Akademie in Berlin-Charlottenburg mit Erfolg absolviert hat. Dem Lebenslauf ist der Nachweis der ersten Bekanntheit beizulegen. Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktisch-mündlichen Teil. Zum Zwecke der schriftlichen Prüfung sind zwei wissenschaftliche Ausarbeitungen und die Bearbeitung eines erkrankten gerichtlichen Falles zu liefern. Von den Aufgaben für die wissenschaftlichen Ausarbeitungen ist eine aus dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens, der Krankenpflege und Bevölkerungsstatistik oder der Sozialhygiene, die andere aus dem Gebiet der gerichtlichen Medizin oder Hygiene zu entnehmen. Die praktisch-mündliche Prüfung umfaßt das öffentliche Gesundheitswesen, einschließlich des Aufzuges, Krankenpflege, Bevölkerungsstatistik und Sozialhygiene, gerichtliche Medizin, gerichtliche Hygiene, Gefährdung und Vermeidung. Die Gebühren für die gesamte Prüfung betragen 150 M.

— **Neubau a. d. S. 27. Febr.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf der Sperner Landstraße bei Baden. Von einem Bulldogge-LKW löste sich der Bolzen des Verbindungsstücks, der Bulldogge geriet von der Fahrbahn ab und kippte seitlich die Böschung hinunter. Der Fahrer kam unter die Zugmaschine zu liegen und wurde auf der Stelle getötet.

Umtausch- und Zeichnungsangebot.**I. Umtausch.**

Das unterzeichnete Konsortium bietet hiermit im Auftrage der Deutschen Reichspost den Inhabern der am 1. April 1934 fälligen 6%igen Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost Folge II im Betrage von RM. 150 Millionen den Umtausch dieser Schatzanweisungen in

4½%ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost rückzahlbar zum Nennwert am 1. April 1939

an. Die Deutsche Reichspost ist nach dem Reichspostfinanzgesetz vom 18. März 1924 (Reichsgesetzblatt Teil I, Seite 287) eine Reichsanstalt. Ihr Sondervermögen ist ein Teil des Vermögens des Reichs, der von dem übrigen Reichsvermögen getrennt verwaltet wird. Das Sondervermögen beträgt rund RM. 2,3 Milliarden und ist außer der umzutauschenden Anleihe nur mit rund RM. 250 Millionen belastet. Es haftet für die obige Schuld, nicht aber für die sonstigen Verbindlichkeiten des Reichs.

Die Bedingungen des Umtauschs sind folgende:

1. Die Anmeldung zum Umtausch hat unter gleichzeitiger Einreichung der alten Schatzanweisungen in der Zeit

vom 1. bis 14. März 1934

bei den in der Anlage zu dieser Aufforderung genannten Banken, Bankfirmen und deren deutschen Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen. Der Umtausch kann auch durch Vermittlung aller übrigen Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bei den Umtauschstellen vorgenommen werden.

Früherer Schluß des Umtauschgeschäfts bleibt vorbehalten.

2. Bei dem Umtausch werden die neuen Schatzanweisungen zum Kurse von 97% abgegeben, so daß die Umtauschenden

eine Barvergütung von 3%

erhalten.

Außerdem wird den Umtauschenden

ein Bonus von ½%

gewährt. Die Barvergütung und der Bonus werden nach Prüfung der eingereichten Schatzanweisungen durch die Kontrolle der Reichspost in den Umtauschstellen ausbezahlt.

3. Die neuen Schatzanweisungen werden in den gleichen Abschnitten wie die alten Schatzanweisungen ausbezahlt, also in Abschnitten zu RM. 500, 1000, 5000 und 10000.

Der Zinslauf der neuen Schatzanweisungen beginnt am 1. April 1934. Die Zinsen werden halbjährlich am 1. April und 1. Oktober gezahlt, erstmalig am 1. Oktober 1934.

4. Eine Provision für den Umtausch wird den Einreichern von den Umtauschstellen nicht berechnet.

Für die Hergabe der alten Postschatzanweisungen ist eine Börsenumsatzsteuer nicht zu entrichten. Die für die Überlassung der neuen Postschatzanweisungen fällige Börsenumsatzsteuer trägt der Umtauschende.

5. Die am 1. April d. J. fälligen Zinsscheine der umzutauschenden 6% Postschatzanweisungen verbleiben den Einreichern und werden wie üblich bei Fälligkeit eingelöst.

Berlin, im Februar 1934

Berlin, Altona, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Essen, Frankfurt/M., Halle (Saale), Hamburg, Karlsruhe (Bad.), Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Schwerin (Meckl.), Weimar.
Reichsbank. **Preussische Staatsbank (Seehandlung).**
Bank der Deutschen Arbeit. **Berliner Handels-Gesellschaft.**
 A. G. S. Bleichröder. **Commerz- und Privat-Bank**
Aktiengesellschaft.
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.
Deutsche Landesbankenzentrale
 A. G. **Dresdner Bank.**
Hardy & Co.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Reichs-Kredit-Gesellschaft
Aktiengesellschaft.
Westholsteinische Bank.
Mendelssohn & Co.
Lazard Speyer-Ellissen
Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Braunschweigische Staatsbank
 (Leihhausanstalt).

II. Zeichnungsangebot.

Soweit die im Gesamtbetrag von RM. 150 Millionen neu auszugebenden

4½% Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

rückzahlbar zum Nennwert am 1. April 1939

nicht für den obigen Umtausch benötigt werden, werden sie durch das unterzeichnete Konsortium hiermit unter den nachfolgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

1. Der Zeichnungspreis beträgt ebenfalls

97%

unter Verrechnung von 4½% Stückzinsen (s. Ziffer 4). Die Börsenumsatzsteuer trägt der Zeichner.

2. Zeichnungen werden gleichfalls in der Zeit

vom 1. bis 14. März 1934

bei den gleichen Firmen, bei denen der Umtausch annehmen ist, entgegen-

3. Die Zuteilung auf Grund der Zeichnung erfolgt nach Maßgabe der für die Zeichnung zur Verfügung stehenden Stücke baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen. Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der übrigen Abnehmer verträglich erscheint. Ein Anspruch auf Zuteilung kann aus etwa vorzeitig eingezahlten Beträgen nicht hergeleitet werden.

4. Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat am 27. März d. J. abzüglich 4½% Stückzinsen vom Zahlungstage bis Ende März d. J. (3 Tage) bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen. Auf vor dem 27. März d. J. geleistete Zahlungen werden Zinsen erst von diesem Tage ab vergütet.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

Die Zeichner erhalten zunächst nicht übertragbare Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausbezahlt werden.

